

Zeitschrift: Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge
Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz
Band: 187 (2019)
Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konfessionszwiste und Lösungsstrategien



Eidgenössische Tagsatzung in Baden (16. Jh.) von Peter Vischer (1751–1826).

(Bild: Schweizerisches Nationalmuseum)

Im 20. Jahrhundert schrumpfte die Religion zur Privatsache. Der sich diversifizierende Markt der spirituellen Angebote machte aus der Glaubensfrage eine Stilfrage, eine Geschmackssache. Doch seit einiger Zeit ist ein Gegenteil feststellbar: Religiöse Themen werden wieder stärker vergesellschaftet und politisiert. Gegenläufig zum Aderlass der angestammten (Staats-)Kirchen wächst die Sichtbarkeit freikirchlicher und nichtchristlicher Gemeinschaften. Der individuelle Glaube wird vermehrt als kollektive Identität offensiv inszeniert. Der öffentliche Raum wird zum Ort der Symbolkämpfe religiöser Gruppenidentitäten.

Da religiöse Konflikte Wertekonflikte sind, können sie nicht, wie der Streit um materielle Güter, durch möglichst gerechte Verteilung des Kuchens befriedet werden. Das Ringen um die theologische Wahrheit scheint endlos und bleibt in gläubigen Augen wichtiger als alles Irdische. Daher erhalten die Formen des Streitaustrags und die Instanzen der Streitschlichtung in Glaubensfragen grosse Bedeutung.

Die Reformation vor 500 Jahren wurde letztlich zum Streit darum, wer befugt sei, über den richtigen Glauben zu urteilen. Die durch Heilsfragen Bewegten zielten nicht auf die Abschaffung, sondern auf die Erneuerung der römischen Kirche. Diese, selber als Abspaltung von der ortho-

doxen Kirche entstanden, hatte bislang ähnliche Reformer entweder domestiziert oder ausgegrenzt und verfolgt. Doch vor 500 Jahren gelang keines von beidem. Das lag einerseits an der völlig neuen medialen und damit sozialen Dynamik, welche die Reformation dank der Druckerpresse entwickeln konnte. Andererseits an der Tatsache, dass sich staatliche Gewalten als Schutzpatrone der Reformer in die innerkirchliche Glaubensangelegenheit einmischten – der sächsische Kurfürst für Martin Luther (1483–1546), der Zürcher Rat für Huldrych Zwingli (1484–1531).

In der Eidgenossenschaft löste der Zürcher Alleingang viele konfessionelle und politische Streitigkeiten aus, für die fast ebenso viele Vermittlungsformen angewandt oder erfunden wurden. Als Entscheidungsinstanzen versuchten sich ausser der Kirche Institutionen wie die Tagsatzung, die Landsgemeinden, Ratskollegien und Gemeinden. Neu ausprobiert wurden Disputationen und Parität. Erfolglos blieben diese Versuche insofern, als die sich bildenden konfessionellen Blöcke nicht nur die Eidgenossenschaft bis zum Krieg entzweiten, sondern auch Kantone, Dörfer und Familien spalteten. Erfolgreich waren die Vermittlungsversuche insofern, als die Eidgenossenschaft diese konfessionelle Spaltung überlebte.

Andreas Würigler*

Editorial

Gleich ist nicht gleich

Im Rahmen eines internationalen Jugendtreffens in Durham (GB) feierten wir Teilnehmenden eine heilige Messe mit Gospelliedern. Dies ohne Liederhefte, musikalische Begleitung und ohne eine gemeinsame Sprache. Der Priester schaffte es, uns in die Gospellieder einzubeziehen, wir waren Teil der Musik. Die Messe begann mit einem musikalischen Feuerwerk, die Lieder wurden dann vor der Wandlung leiser, um nach der Kommunion wieder in einen Jubel von Freude auszubrechen. Nach dem Schlussgebet brandete tosender Applaus auf.

Wieder zurück in der Schweiz erlebte ich einen Gottesdienst in Ebikon LU, der von einem ganz tollen Gospelchor mitgestaltet wurde. Als Sanctus sang er einen Ohrwurm, der mit Applaus und Zugaberufen belohnt wurde. Nur mit Mühe gelang es den Priestern, wieder für Ruhe zu sorgen, damit die Messe mit dem Hochgebet fortgesetzt werden konnte – zum Unwillen der versammelten Gläubigen.

Zwei Gospel-Gottesdienste, zwei Welten. Während im zweiten Fall Liturgie und Musik nebeneinander und schliesslich gegeneinander stattfanden, nahmen im ersten Fall Liturgie und Musik Rücksicht aufeinander, gaben sich gegenseitig Raum und erreichten so ein harmonisches Miteinander.

Ähnliches erlebte die Schweiz während und nach der Reformation. Erbitterte Kriege auf der einen Seite, gegenseitiges Entgegenkommen auf der anderen Seite. Lernt der Mensch aus der Geschichte?

Rosmarie Schärer



In dieser Ausgabe

Dialog

Peter Henrici über sein Buch «Erlebte Kirche» 43

Strategien der Konfliktbewältigung

Erfolg und Misserfolg der Tagsatzung 44

Erster Villmergerkrieg 1656

So wurden Mechanismen des Konfliktausgleichs ausgehebelt 46

Appenzell

Ein dauerhaftes Provisorium 48

Vom Staatenbund zum Bundesstaat

Der Sonderbundkrieg und seine Folgen 50

Weltgebetstag

Slowenien im Fokus 51

Filioque

Ein Vorschlag wirft Fragen auf 52

Amtliche Mitteilungen

54

Anzeigen

56

Impressum

55

* Angaben zum Autor Andreas Würigler s. Seite 44

«Es ist noch nicht zu spät»

In seinem neuen Buch blickt der ehemalige Zürcher Generalvikar und Weihbischof Peter Henrici zurück auf Gesagtes, Geschriebenes und Geschehenes, aber auch voraus.

SKZ: Was hat Sie bewogen, Ihre Aufsätze und Vorträge neu herauszugeben?

Peter Henrici: Zwei Verlage traten an mich heran; der eine wollte Texte von mir, der andere ein autobiografisches Interview. Da schien es mir am sinnvollsten, einige meiner alten, teilweise unveröffentlichten Sachen durchzusehen, sie zu überarbeiten und gesammelt herauszugeben.

Sie erzählen in Ihrem Buch von Begegnungen mit Konzilstheologen und -vätern. Welche Anstösse des Konzils wären heute wegweisend für unsere Kirche?

Das Konzil sollte eine grosse geistliche Reform der Kirche einleiten. Das ist nur teilweise gelungen, wegen vieler andersartiger Erwartungen, die an das Konzil herangetragen wurden, und wegen der Bruchstelle des Jahres 1968. Doch es ist noch nicht zu spät, die Reform wiederaufzunehmen. Ich sehe zwei Hauptpunkte. Einerseits das Anliegen der Liturgiereform: das «Paschamysterium», das Geheimnis des Todes und der Auferstehung Jesu, in die Mitte nicht nur der Liturgie, sondern des ganzen christlichen Lebens zu stellen. Hier könnten gerade die seltener werdenden Eucharistiefiern beitragen. Die Eucharistie ist dann nicht mehr eine selbstverständliche Routine, sondern ein wertvolles, seltenes Geschenk, für das man sich Zeit nimmt und für das es sich lohnt, auch einen weiten Weg zu gehen. Zwischen den seltener werdenden Eucharistiefiern lebt die Gemeinde vom Wort Gottes, dem zweiten grossen Vermächtnis des Konzils. Das Hören auf das Wort Gottes stand im Hintergrund der ganzen Konzilsarbeit, wurde aber erst gegen Ende ausdrücklich thematisiert. In allen kirchlichen, aber auch persönlichen Belangen sollen wir uns in erster Linie vom Wort Gottes leiten lassen. Das wird unsere eigenen Ansichten oft in Frage stellen, aber auch zu Neuem, Unerhörtem anspornen. Vor allem aber sollte das heimliche Leitmotiv des Konzils «für eine dienende und arme Kirche» auch zum offiziellen Leitmotiv für jede Pfarrei

werden. Diese Reformvorschläge sind keine Träumereien. Die zahlreichen vor, während und nach dem Konzil entstandenen neuen Gruppen und Gemeinschaften bemühen sich, etwas davon zu verwirklichen.

Welche Herausforderungen stellen die Massenmedien an die Kirche?

Die Medienlandschaft hat sich zwar grundlegend verändert, doch es bleibt unerlässlich, dass die Kirche auch in den Medien beständig und glaubwürdig präsent ist. Glaubwürdig ist sie dann, wenn sich ihre eigene innerkirchliche Kommunikation als ehrlich und glaubwürdig zeigt. Das stellt für alle kirchlichen Akteure eine grosse und beständige Herausforderung dar. Hypokrisie (Schauspielerei mit Maske) darf es keinesfalls geben. Doch daneben und noch davor spielt sich die Kommunikation heute vor allem in den Gruppenmedien ab. Das fordert jeden einzelnen Christen und in erster Linie die Jungen ganz persönlich heraus, nach bestem Wissen und Gewissen christliche Gehalte in die Gruppenkommunikation einzubringen und Unchristliches zu verwerfen.

Was erhoffen Sie sich vom neuen Bischof des Bistums Chur?

Ich erhoffe mir vom neuen Bischof, dass er über eine so grosse persönliche Autorität verfügt, dass alle Bistumsteile, auch die Administrationsgebiete, ihn als ihren Bischof anerkennen. Vielleicht gelingt es ihm dann auch, die 200-jährige Ungeheimtheit zu bereinigen, dass weitaus der grösste Teil des Bistums nur Administrationsgebiet ist. Diese Gebiete müssten in geeigneter Weise in das Bistum Chur(-Zürich) eingegliedert werden, indem ein Weihbischof in Zürich wohnt und es dort auch eine Konkathedrale gibt. Bis zur Reformation wohnte jeweils ein Weihbischof des Bistums von Konstanz in Zürich und der Konstanzer Bischof musste sein erstes Pontifikalamt in Zürich feiern.

Interview: SKZ

Mgr. Prof. Dr. phil. Peter Henrici SJ (1928) studierte Altphilologie und Indogermanistik in Zürich und Philosophie und Theologie in Pullach (München), Rom, Löwen und Paris. 1947 trat er in den Jesuitenorden ein, wurde 1958 zum Priester geweiht und 1993 zum Titularbischof von Ossero ernannt. Ab 1960 war er Professor für neuere Philosophiegeschichte an der Päpstlichen Universität Gregoriana (Rom). 1979 gründete er an der Gregoriana das Centro Interdisciplinare sulla Comunicazione Sociale, das er als dessen erster Direktor leitete. Seit 1983 ist Henrici Mitherausgeber der «Communio - Internationale Katholische Zeitschrift». 1993 empfing er die Bischofsweihe und wurde Weihbischof von Chur und Generalvikar mit Sitz in Zürich. 1998 bis 2003 war er Mitglied des Präsidiums der SBK. 2007 wurde Henrici emeritiert.

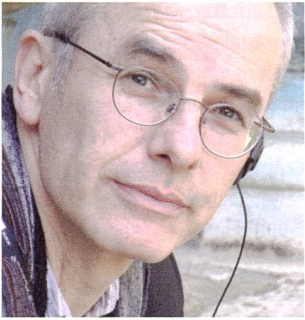


«Erlebte Kirche. Von Löwen über Rom nach Zürich». Von Peter Henrici, hg. von Urban Fink. Zürich 2018. ISBN 978-3-290-20163-0, CHF 26.80. www.tvz-verlag.ch

Interview in voller Länge als Bonusbeitrag unter www.kirchenzeitung.ch

Bündnistreue trotz Feindseligkeit

Die Reformation erschütterte die Eidgenossenschaft in ihren Grundfesten. Auf diplomatischem Wege und mit pragmatischen Lösungen wurde versucht, den Landfrieden wiederherzustellen und zu sichern.



Prof. Dr. Andreas Würzler (Jg. 1961) studierte Geschichte und Germanistik in Bern und Berlin. Er habilitierte sich zum Thema «Die eidgenössische Tagsatzung in europäischer Perspektive». Seit 2014 ist er Professor für mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte der Schweiz an der Universität Genf und seit 2018 Präsident der Kommission Historisches Lexikon der Schweiz HLS der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Weil es der Kirche nicht gelang, den offenen Glaubensstreit zu regeln, fühlte sich der Staat berufen und legitimiert, für die öffentliche Ruhe und Ordnung zu sorgen. Da die staatliche Gewalt in der Schweiz bei den Kantonen lag, setzten diese fest, welche Konfession ihre Untertanen zu befolgen hatten. Wer ein Leben ausserhalb der christlichen Kirche versuchte, wurde wie die Täufer als Ketzer hingerichtet oder verbannt. Auch wenn im Umfeld von Reformationsjubiläen viel von Gewissensfreiheit die Rede ist, gab es im 16. Jahrhundert nur wenige, die eine individuelle Glaubensentscheidung gegen ihre Obrigkeit und gegen ihre Gemeinschaft trafen. In der Eidgenossenschaft standen sich seit dem Kappeler Frieden von 1531 definitiv zwei konfessionelle Blöcke misstrauisch bis feindselig gegenüber. Doch waren sie auch zur Kooperation gezwungen.

Vermittlung und Krieg

Der klassische Ort der Kooperation der Kantone war die eidgenössische Tagsatzung. Hier trafen sich seit dem frühen 15. Jahrhundert Vertreter der Orte regelmässig, um eidgenössische Angelegenheiten zu beraten und um die gemeinsam erworbenen Territorien, die Gemeinen Herrschaften, zu verwalten. Da es diesem Gremium nicht gelungen war, die konfessionelle Spaltung durch einen politischen Beschluss (1524) oder durch eine – unter politischer Aufsicht geführte – theologische Disputation (1526) zu verhindern, blieb ihm nur noch das Verhandeln. Dabei gab es durchaus Erfolge. Der sogenannte Erste Kappelerkrieg konnte 1529 durch Verhandlungen – und Fraternalisierungsszenen zwischen den Heeren – verhindert werden. Der daraus entstandene Erste Kappelerbrief war ein klassischer Landfrieden, der zwar die reformierte Predigt duldete, wo sie schon stattfand, nicht aber ihre weitere Ausbreitung. Doch der Kompromiss hielt nicht lange. 1531 siegten die katholischen Innerschweizer gegen die Reformierten Zürich und Bern und veränderten die Bedingungen im Zweiten Landfrieden zu ihren Gunsten. Zwar blieb die Entscheidung über die Konfession weiterhin bei den einzelnen Kantonen, doch in den Gemeinen Herrschaften war der neue Glaube nur dort geduldet, wo sich schon Gemeinden gebildet hat-

ten. Konversionen waren nur zum Katholizismus erlaubt, nicht aber umgekehrt. Dadurch hoffte die altgläubige Seite, sich langfristig auf demografischem Weg durchzusetzen.

Noch zwei weitere Male versagten die Vermittlungsversuche. Während der katholische Sieg 1656 bei Villmergen den Status quo bestätigte, setzten sich Zürich und Bern im Zweiten Villmergerkrieg 1712 durch. Der Vierte Landfrieden stärkte nun die Position der Reformierten in den Gemeinen Herrschaften. Religionsstreitigkeiten wurden nicht mehr mit Mehrheitsentscheidungen der katholischen Orte entschieden, sondern mit paritätischen Schiedsgerichten, denen gleich viele katholische wie reformierte Richter angehörten – ein Modell, das Glarus seit 1532 kannte. In den Landfrieden wurde jeweils auch ein Verbot gegenseitiger Schmähungen aufgenommen, um allfällige Konflikte im Keim zu ersticken.

Vermittlungen und Befriedung

Erfolgreicher waren von der Tagsatzung geführte oder angestossene Vermittlungen in innerkantonalen Streitfällen. In Glarus und Appenzell beschlossen die Landsgemeinden, dass jede (Kirch-)Gemeinde zwischen altem und neuem Glauben entscheiden soll. Daraus resultierte die Spaltung der Kantonsbevölkerung. Im Falle von Glarus gelang es eidgenössischen, bündnerischen und anderen Vermittlern 1532, einen Landesvertrag mit einem Modus vivendi auszuhandeln. Dieser musste, aufgrund neuer Querelen, mehrfach nachverhandelt werden (1564, 1623, 1638, 1683, 1757). Dabei spielten auch ausländische Mächte eine Rolle, so 1560 der Papst, Spanien und Frankreich. Glarus blieb zwar ein Kanton, spaltete sich aber institutionell immer mehr in zwei Konfessionsteile. Im Falle Appenzells führten die eidgenössischen Vermittler 1597 die Teilung in zwei Halbkantone herbei. In beiden Fällen verhinderte die eidgenössische Vermittlung Kriegshandlungen.

Zusammenleben im Alltag

Besonders gefordert war die Tagsatzung aber bei der Verwaltung der gemischtkonfessionellen Gemeinen Herrschaften Baden, Thurgau, Rheintal. Hier ging es oft um die gemeinsame Nutzung

einer Kirche durch beide Konfessionen, Simultaneum genannt. In zähem Ringen mussten Alltagskompromisse gefunden und gelebt werden. Wer darf wann die Glocken läuten, Prozessionen durch das Dorf führen, lokale Feiertage zelebrieren? Wer setzt den Pfarrer ein, wer bezahlt welche Unterhaltsarbeiten? Werden die Bilder entfernt oder in barocker Pracht erneuert? In den Gemeinen Herrschaften wurden auch konfessionelle Konflikte, wie alle anderen, von der immer katholischen Mehrheit der Kantone entschieden. Erst die Einführung der Parität – in Ansätzen seit 1632 und definitiv seit 1712 – brachte im 18. Jahrhundert einen Abbau der Spannungen.

Konfessionelle Allianzen

Die Frage des Glaubens wurde seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts überlagert von aussenpolitischen Orientierungen. Der Kappeler Friede von 1531 löste die konfessionellen Bündnisse mit nichteidgenössischen Partnern auf. Doch seit 1560 schlossen einige Kantone wieder konfessionsspezifische Allianzen – die katholischen Orte mit dem Papst, Savoyen und Spanien, die reformierten mit Strassburg und dem Markgrafen von Baden. Damit wurde die konfessionelle Solidarität über die eidgenössische gestellt. Dies gilt auch für die nicht realisierten Pläne der Zürcher, zugunsten der Reformierten an der Seite Schwedens militärisch in den Dreissigjährigen Krieg einzugreifen. Und 1715 erneuerte sogar Frankreich, das seit dem ewigen Frieden von 1516 mit allen Kantonen verbunden war, die noch 1663 mit viel Pomp beschworene Soldallianz nur mehr mit den katholischen Orten, denn die reformierten hatten sich den Niederlanden und England angenähert. Die konfessionalisierten Aussenbeziehungen waren Ausdruck des innereidgenössischen Misstrauens und förderten dieses zusätzlich.

Bundesbeschwörung und Huldigungseid

Die politischen Probleme im Umgang mit religiösen Symbolen zeigten sich auch bei der Erneuerung der eidgenössischen Bündnisse. Seit dem Zürcher Bund von 1351 trafen sich alle Kantone alle zehn, seit 1481 alle fünf Jahre, um gemeinsam die Bundesbriefe zu beschwören. Dieser Brauch kam mit der Reformation zum Erliegen, weil einerseits katholische Vertreter das ketzerische Zürich nicht mehr einladen wollten (1526) und weil andererseits Zürich und später alle Reformierten die traditionelle Eidformel ablehnten. Denn diese enthielt einen Hinweis auf die Kirchenheiligen. Obwohl beide Seiten unterstrichen,

wie wichtig die Eidzeremonie sowohl als Initiationsritual für die nachwachsenden Generationen als auch als Symbol der Einigkeit gegen aussen sei, führten zähe Verhandlungen, die über 150 Jahre dauerten, zu keiner Lösung. Da die Bündnisse auch ohne periodische Erneuerung in Kraft blieben, war diese Zeremonie nicht rechtlich, wohl aber symbolisch von Bedeutung: Die Eidgenossen verweigerten sich den Eid. Gewissermassen als Ersatz für die Bundesbeschwörungen kam seit den 1580er-Jahren an der Tagsetzung der Brauch auf, die Begrüssungszereemonie zum sogenannten «eidgenössischen Gruss» zu erweitern, bei dem reihum alle Gesandten einander ihre Bündnistreue und freundeidgenössische Gesinnung zusicherten – auch in den Sitzungen kurz vor und nach den Konfessionskriegen.

Um eine nicht «bloss» symbolische, sondern rechtsrelevante Angelegenheit ging es beim Huldigungseid, den die Untertanen auch der Gemeinen Herrschaften dem Landvogt als Vertreter der Kantone leisten mussten. Auch hier nannte die traditionelle Formel die Heiligen. Daher weigerten sich reformierte Kantonsvertreter, diese Formel bei der Einsetzung des Vogtes vorzulesen und zu beschwören. Da aber Herrschaft ohne Untertaneneid in der Frühen Neuzeit undenkbar war, musste eine Lösung gefunden werden. Sie bestand darin, dass der reformierte Vertreter die Formel laut vorlas und an der ominösen Stelle kurz pausierte, damit ein katholischer Vertreter «und die Heiligen» dazwischenrufen konnten. Diese Zeremonie zeigt, dass sich durchaus pragmatische Lösungen finden liessen, wenn es wirklich nötig war.

Spaltung und Kohäsion

Bei aller Spaltung und allem Misstrauen, das die Reformation in die Eidgenossenschaft brachte, darf nicht vergessen gehen, dass es auch andere Konfliktlinien und Gruppenkonstellationen gab als die konfessionellen, wie etwa jene zwischen Stadt- und Landkantonen. Umgekehrt führte die Reformation auch zu neuen Kooperationen. Hatten die Landkantone die Anbindung der Städte Freiburg und Solothurn an die Eidgenossenschaft 1481 nur sehr widerwillig akzeptiert, waren diese beiden Städte nach der Reformation im katholischen Lager als Verstärkung willkommen. Auf der Gegenseite fanden die beiden Rivalen im Mittelland, Zürich und Bern, erst durch die Reformation zu enger Zusammenarbeit in der Eidgenossenschaft.

Andreas Würigler

Ein Glaubenskrieg wird provoziert

Ein erfolgreicher Krieg hätte die Glaubwürdigkeit der Zürcher erhöht. Am Ende des Säbelrasselns standen eine Niederlage und ein von Diplomaten ausgehandelter Friedensvertrag.



Prof. tit. Dr. Thomas Lau (Jg. 1967) studierte Geschichte und öffentliches Recht in Freiburg i. Br., Basel und Dublin. Er ist seit 2005 Privatdozent für Geschichte der Neuzeit an der Universität Freiburg i. Ü.

Seit Beginn des Jahres 1655 hielt die Vertreibung der Waldenser aus Savoyen die Eidgenossen in Atem. In Bern gingen Nachrichten über ausgelassene Feiern ein, mit denen Luzerner Bürger auf die Massaker in Savoyen reagiert hätten. Fremde Reiter, so hiess es in einer anderen Meldung, seien auf den Bergspitzen zu sehen gewesen, ein «ungutes Geschrei» berichte von möglichen Angriffen der Katholiken. Das Schicksal der Waldenser schien von einer neuen Welle der Gewalt gegen alle Rechtgläubigen zu künden. Die Konfessionsgrenze beschränkte und strukturierte die Kommunikation zwischen den Dreizehn Alten Orten. Sie erschwerte Heiratsbündnisse, sie führte zu einem Auseinanderdriften von Festkultur und Zeichensystemen, sie bestimmte Karrierewege und Freundeskreise. Sie erleichterte das Gespräch innerhalb der Konfession und erschwerte es zwischen den Konfessionen. Vor allem aber erschwerte sie Prognosen hinsichtlich der Reaktionen des jeweils anderen auf aktuelle Krisen.

Der Auslöser

Was die Eidgenossenschaft dieser Zeit spaltete, welche zentrifugalen Kräfte an ihr zerrten, aber auch welche Mechanismen eine Eskalation verhinderten, zeigte exemplarisch die Geschichte des Ersten Villmergerkrieges. Sie begann am Morgen eines Septembertags im Jahre 1655. Eine Gruppe von Flüchtlingen traf in Zürich ein. Die diensttuenden Räte befragten die Ankommenden und erfuhren, dass es sich um verfolgte Protestanten aus Schwyz handelte. Angesichts dieser brisanten Nachricht taten die Senatoren alles, um ihre Gäste nach kurzer Rast zur Weiterfahrt zu bewegen. Nur wenige Stunden später sollte sich dies ändern. Weitere Entscheidungsträger trafen ein und erklärten nun, wie glücklich man sich schätze, Glaubensbrüder aufnehmen zu dürfen. Das Wunder ihrer Errettung, das die Protestanten hier feierten, war ein gut vorbereitetes. Die Arther waren über Monate von einem Zürcher Pfarrer heimlich in der reformierten Lehre unterrichtet worden. Auch dass sie ausgerechnet am Nikodemustag in Zürich eintrafen und den geistlichen Vertretern akribisch auswendig gelernte Glaubensbekenntnisse vortrugen, sprach nicht für einen Zufall.

Auf Unterstützung und Provokation aus

Tatsächlich bildete die Geschichte der frierenden Glaubenshelden einen idealen Ansatzpunkt für jene Provokationen, die in den nun folgenden Wochen über die Konfessionsgrenze hinweg gesandt wurden. Es begann mit Zürichs Forderung, die noch in Schwyz verbliebenen Reformierten ziehen zu lassen und allen Flüchtlingen das Recht auf ihr Eigentum zu garantieren. Beides werde durch die eidgenössischen Rechte garantiert. Der Schwyzer Landrat wies dieses Ansinnen erwartungsgemäss zurück. Standesangehörige seien allein ihren Obrigkeiten untertan. Er verlange die sofortige Auslieferung der Flüchtlinge. Der Austausch von Standpunkten begann sich rasch auszuweiten. Beide Seiten suchten Bündnispartner für ihre Position. Dies erwies sich zumindest für die Zürcher als schwierig. Die Aussage des Antistes Ulrich* etwa, eine christliche Obrigkeit habe die Pflicht, um des Glaubens willen Verfolgte mit Waffengewalt zu befreien, fand kaum Zustimmung ausserhalb der Limmatstadt. Vor allem in Basel wurde sie brüsk zurückgewiesen. In Bern unterstützte sie nur eine Minderheit innerhalb des Grossrates. Eine Zürcher Ratsdelegation tat ihr Bestes, um die Mehrheitsverhältnisse zu ändern. Der Krieg, so suggerierte sie ihren Berner Kollegen, werde ohnehin kommen. Es gehe nur noch darum, wer ihn gewinne. Am Ende wurde dem Grossrat das Zugeständnis abgerungen, ins Feld zu ziehen, wenn der Schwyzer Landrat es wage, die inhaftierten Protestanten hinzurichten. Zürich sollte in den nun folgenden Tagen mit nicht enden wollenden Provokationen dafür sorgen, dass diese Linie überschritten wurde.

Krieg versus Reformprojekt

Wer waren jene, die so verbissen für den Krieg stritten? Zu ihnen zählten zweifellos die Zürcher Geistlichen. Sie lieferten Glaubensbrüdern in ganz Europa seit der Reformation theologische Begründungen für militärische Interventionen. Selbst jedoch mussten sie bei konfessionellen Hilferufen stets ihre Ohnmacht offenbaren. Ein kleiner, erfolgreicher Krieg schien ein probates Mittel zu sein, um die verloren gegangene Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Die Pastoren allein besaßen indes nicht die Macht, den Zürcher

* Antistes (lateinisch für Vorsteher) war schon in vorchristlicher Zeit die Bezeichnung für den Leiter einer Kultgemeinschaft. In Zürich, Basel und Schaffhausen bezeichnete Antistes vom 16. bis 19. Jahrhundert das höchste Amt in den reformierten Kirchen. Der Ausdruck wurde erstmals 1525 gebraucht als inoffizieller Ehrentitel für Ulrich Zwingli in Zürich.

Rat zum Handeln zu bewegen. Dazu bedurfte es der Unterstützung von Teilen der Obrigkeit. Einige Räte hatten im Gefolge des Bauernkrieges von 1653 gemeinsam mit Berner Amtskollegen eine Reform der eidgenössischen Bünde gefordert. Es war ein Reformprojekt, das eine grössere Schlagkraft der Obrigkeit mit Vorschlägen verband, wie die eidgenössische Konfliktlandschaft zu befrieden war. Die katholische Seite lehnte es ab. Nun sollten jene, die die Neugestaltung des Bundes ausgehandelt hatten, auch jene sein, die den Krieg befürworteten und führten – auf Zürcher wie auf Berner Seite. Sie bildeten eine Minderheit innerhalb der Entscheidungsgremien, die aber mit den Ängsten ihrer Ratskollegen zu spielen wusste und die eine klare Vorstellung von den Veränderungen – etwa im eidgenössischen Recht – hatte, die die Eidgenossenschaft zu durchlaufen hatte.

Mechanismen des Ausgleichs

Dessen ungeachtet erwies sich der Weg zum Krieg als steinig. Seine Befürworter hatten zahlreiche Mechanismen des Konfliktausgleichs auszuhebeln. Da waren zunächst einmal die nach wie vor starken gemeinsamen Interessen der Dreizehn Alten Orte: Bern profitierte ebenso wie Luzern, Schwyz oder Freiburg von Handels- und Solddienstverträgen mit Frankreich. Dessen Botschafter bemühte sich dementsprechend darum, den Konflikt zu entschärfen. Krieg bedeutete zudem eine Störung der Handelswege, was nicht zuletzt bei der Schaffhauser und Zürcher Kaufmannschaft auf Vorbehalte traf. Einige der Orte würden von einem Krieg ohnehin nicht profitieren – wie etwa Basel, das vertraglich zum «Stillesitzen» (zur Neutralität) verpflichtet war. Auf katholischer Seite waren es vor allem Freiburg und Solothurn, deren Räte angesichts der peripheren Lage ihres Ortes eher die Risiken als die Chancen eines Konfliktes sahen. Andere, wie Luzern und Bern, bezweifelten die militärische Schlagkraft jener, die den Krieg vorantrieben. Am Ende würden sie, die grossen und mächtigen Orte, die finanziellen und militärischen Lasten einer Auseinandersetzung tragen müssen, die die kleineren verschuldet hatten.

Stabilisierung durch Diplomatie

Am Ende wurde der Krieg des Jahres 1656 nur von einem Teil der Orte geführt. Sein Verlauf war durchaus unerwartet. Zürichs Truppen blieben vor Rapperswyl stecken, während die Berner vor Villmergen vernichtend geschlagen wurden. Noch war der Krieg aber nicht beendet. Der kommandierende General der Berner Truppen erklär-

te seiner Obrigkeit, ihn noch gewinnen zu können, wenn der Rat dem Engagement von französischen Reiterregimentern zustimme. Diese Einladung an äussere Militärexperten war ein Bruch mit den bislang akzeptierten Regeln des Konfliktausgleichs und eine Gefährdung der eidgenössischen Position in Europa. Die beruhte vor allem darauf, dass die Grossmächte kein Interesse daran hatten, den Bund von aussen zu destabilisieren. Als Truppenlieferanten und Schmuggelzentrum waren sie für Frankreich ebenso wie für die Habsburger wertvoller denn als Schlachtfeld.

Der Vorschlag des Berner Generals scheiterte indes nicht am Kalkül der Entscheidungsträger, sondern an Zufälligkeiten der Mehrheitsverhältnisse in der Ratskammer. Da die Kriegsbefürworter im Felde standen, konnten ihre Gegner den Antrag ablehnen und Friedensverhandlungen einleiten. Die fanden nun in einer komplizierten Pendeldiplomatie statt, wobei die neutralen Orte gemeinsam mit europäischen Diplomaten eine Friedenslösung aushandelten. Es war ein Vertrag, der zum Erwartungsrahmen eidgenössischen Handelns zurückkehrte. Der Krieg wurde als Ende eines konkreten Rechtsstreites angesehen, die Niederlage einer der Parteien beschränkte sich auf den Streitgegenstand. Sie war nicht Anlass, auf verschiedenen Ebenen des Miteinanders Rechnungen zu begleichen. Dass diese Auffassung vom Krieg sich durchsetzte, war auf die starke Stellung der nicht am Krieg beteiligten Diplomaten und Räte zurückzuführen. Sie hielten das System ein weiteres Mal stabil und sorgten für die Einhegung des militärischen Konfliktes.

Selbstbildnis und Realität

Die Tatsache, dass der Krieg so schnell beendet wurde, sollte für Zeitgenossen eine Quelle des Stolzes werden. Das Bild von der Friedensinsel gewann an Anziehungskraft. Abgesehen davon, dass diese Modellvorstellung die Rolle der ausländischen Mächte ausblendete, ignorierte sie, wie prekär dieses Gleichgewicht war, wie oft die Eidgenossenschaft im Verlaufe des 17. und frühen 18. Jahrhunderts kriegerischen Konflikten nur knapp entging. Die Kommunikationsstörungen zwischen den Konfessionen hielten an und sie sollten noch 1712 ein weiteres Mal zu einem Krieg führen – als Zürich in den Zweiten Villmergerkrieg hineinstolperte, nicht aus Kalkül, sondern weil seine Räte die Reaktionen der katholischen Gegenseite im Toggenburg wie in Schwyz falsch einschätzte.

Thomas Lau

«Mehr frid, ruow und einigkeit»

Mit dem Landteilungsbrief vom 8. September 1597 ging im Zeitalter der Konfessionen auf friedlichem Weg ein Versuch eines paritätischen Gemeinwesens zu Ende. Was war geschehen?



Sandro Frefel (Jg. 1977) studierte Geschichte, Medienwissenschaften und Volkswirtschaft an der Universität Bern und absolvierte ein Nachdiplomstudium in Archiv-, Bibliotheks- und Informationswissenschaften. Seit 2012 ist er Landesarchivar des Kantons Appenzell Innerrhoden.

Das Land Appenzell konnte sich schrittweise von der ursprünglichen Herrschaft des Klosters St. Gallen lösen und gehörte seit 1513 als 13. Ort der Eidgenossenschaft an. Gegliedert war das Gebiet in sechs äussere und sechs innere Rhoden, d. h. Gebietskörperschaften, die über eine gewisse Selbstverwaltung verfügten. Reformatorische Bestrebungen erreichten ab 1522 das Appenzellerland. Grundlegende Entscheide zur Umsetzung der Reformation fällt die Landsgemeinde als «höchste gewalt» respektive oberstes Organ des Landes: Zum einen sprachen sich die Landleute 1524 für das Schriftprinzip aus, demgemäss nur gepredigt und gelehrt werden sollte, was in der Bibel steht. Zum anderen führte man 1525 das Gemeindeprinzip ein mit der Idee, «man solle in yedtlicher kilchhöre meeren, welichen glouben sie welte annehmen».

Man delegierte die Frage der Glaubensausrichtung von der Landes- auf die Kirchgemeindeebene. Nur die Pfarreien Appenzell und Herisau sprachen sich in der Folge für den katholischen Glauben aus. Herisau vollzog die Reformation schliesslich 1528/29, womit die in der Pfarrei Appenzell zusammengefassten sechs inneren Rhoden als einzige katholisch blieben. Die Befürwortung oder Ablehnung der Reformation beruhte somit nicht auf einem obrigkeitlichen Entscheid, sondern entsprach den individuellen Präferenzen. Entsprechend grosszügig wurde das Gemeindeprinzip angelegt: Zum Beispiel durfte die bedeutende reformierte Minderheit in der Pfarrei Appenzell den reformierten Gottesdienst im benachbarten Gais besuchen.

Jahrzehnte der Koexistenz

Die Glaubensabstimmungen in den Kirchgemeinden bildeten weitgehend den Abschluss der Reformation. Das Land Appenzell war nun während fast drei Generationen bis zur Teilung 1597 ein paritätisches Staatswesen. Zweifellos stabilisierten das Gemeindeprinzip und die konfessionelle Freizügigkeit die Verhältnisse, auch wenn die Landteilung im Kern bereits angelegt war. Eine verbindende Rolle besaßen wohl die Politik und die Geschichte: An der Landsgemeinde und in den Räten wirkten Katholiken wie Reformierte

gemeinsam. Und es bestand ein Bewusstsein, dass man die Loslösung vom Kloster St. Gallen gemeinsam erlangt hatte. Gleichzeitig war es ein fragiles konfessionelles Gleichgewicht, das stets neu verhandelt werden musste. So mahnte beispielsweise ein Wandbild im Rathaus von Appenzell, das nach dem Dorfbrand von 1560 neu erbaut worden war, zum redlichen Umgang miteinander: «Vill guots der frum mit reden stiftt, ein böse zung vill leut vergifft». Und ein Tafelbild im Ratssaal erinnerte an den erfolgreichen Kampf der Appenzeller gegen eine habsburgische Übermacht in der Schlacht am Stoss 1405, womit eine gemeinsame appenzellische Befreiungstradition geschaffen wurde.

Beginn des konfessionellen Zeitalters

Die Verfestigung der konfessionellen Grenzen in der übrigen Eidgenossenschaft im Zuge der katholischen Reform ab der Mitte des 16. Jahrhunderts wirkte sich auf das paritätische Land Appenzell aus, das zunehmend als Sonderfall erschien. Man konnte sich der Einflussnahme von aussen kaum entziehen, wobei für die inneren Rhoden die engen Beziehungen zur Inner- und Nordschweiz zum Tragen kamen. So wurden die Kapuziner auf Vermittlung von hohen Inner- und Nordschweizer Politikern 1586 nach Appenzell berufen. Sie sollten vor Ort den katholischen Glauben festigen. In der Folge kam es zu Diskussionen über die Interpretation des Gemeindeprinzips, wobei in Appenzell der auswärtige Gottesdienstbesuch infrage gestellt wurde. Unter Vermittlung der Eidgenossenschaft wurde 1588 ein Glaubensvertrag aufgesetzt, der zwar das Gemeindeprinzip bestätigte, dieses jedoch eng auslegte: Die konfessionelle Minderheit einer Kirchgemeinde sollte sich der Mehrheit anpassen oder den Ort verlassen. Mit diesem Entscheid war eine erste, konfessionelle Landteilung vollzogen. Angesichts der Verzahnung von Staat und Konfession war es nur eine Frage der Zeit, bis es zur eigentlichen Landteilung kommen sollte.

Aussenpolitik als Zankapfel

Hauptauslöser für die Landteilung 1597 waren unterschiedliche aussenpolitische Ziele der inneren und der äusseren Rhoden. Seit 1516 war das

Land Appenzell als Teil der Alten Eidgenossenschaft mit Frankreich verbündet. Die als Gegenleistung für gestellte Söldner ausbezahlten Gelder waren für den Staatshaushalt enorm wichtig. Als Frankreich ab Ende der 1580er-Jahre die Bündnisgelder nicht mehr bezahlen konnte, sahen die inneren Rhoden ein Bündnis mit Spanien als hoffnungsvolle Alternative: Spanien war aufstrebend und schien über genügend finanzielle Mittel zu verfügen. Zudem erhoffte man sich von diesem Politikwechsel, dass «yn kurtzer zytt das gantz land Appenzell catholisch und im glauben einhällig werden mag». Die äusseren Rhoden wollten, unterstützt von den reformierten Ständen, keinen zusätzlichen Soldvertrag zu jenem mit Frankreich. Als die Kirchhöfe Appenzell als Versammlung der inneren Rhoden nach längerem Hin und Her einem Bündnis mit Spanien zustimmte, war der Graben so tief, dass auch Vermittlungsversuche der Eidgenossenschaft scheitern mussten. Im Juni 1597 stimmten Versammlungen in beiden Landesteilen einer Trennung für «mehr frid, ruow und verhoffender einigkeit» zu. Mit eidgenössischer Unterstützung fand man in allen strittigen Punkten eine einvernehmliche Lösung, sodass der Teilungsvertrag am 8. September 1597 von den sechs Schiedsrichtern ausgefertigt und gesiegelt werden konnte.

Die Teilung des Landes

17 Artikel reichten aus, um die Trennung zu vollziehen: Regelt werden mussten etwa die Teilung des gemeinsamen Besitzes (Vermögen, Gebäulichkeiten, Banner, Siegel usw.), die Aufbewahrung von wichtigen Dokumenten wie Privilegien- und Bündnisbriefen, ebenso das künftige Verhältnis zur Eidgenossenschaft. Aber auch die konfessionellen Spannungen flossen in die Urkunde ein: Zur Erhaltung des religiösen Friedens waren gegenseitige Schmähungen untersagt, und die inneren Rhoden durften weiterhin jährlich zur Stosskapelle wallfahren, die bei Gais im Ausserrhodischen liegt. Eine Hauptschwierigkeit war die territoriale Zuweisung von gemischtkonfessionellen Gebieten, etwa in Oberegg, auf welche beide Seiten Anspruch erhoben. Die gefundene Lösung war von Pragmatik, nicht von Weitblick geprägt – wie überhaupt der Landteilungsbrief: Katholische Bewohner dieser Gebiete sollten zu den inneren Rhoden gehören, Reformierte zu den äusseren. Wechselte eine Liegenschaft in die Hand der anderen Konfession, wechselte die territoriale Zugehörigkeit. Diese für beide Seiten unbefriedigende Situation wurde

1637 mittels Vertrag zu klären versucht, denn fortan sollten Handwechsel nur noch innerhalb der bestehenden Konfession erfolgen. Gleichwohl glichen die Grenzverhältnisse einem Flickenteppich und konnten erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach langen Verhandlungen und auf Druck des Bundes bereinigt werden.

Ein dauerhaftes Provisorium

Das 16. Jahrhundert war noch nicht reif für ein gemischtkonfessionelles Gemeinwesen. Die Teilung des Landes Appenzell beendete einen mehrere Jahrzehnte dauernden, teils erfolgreichen Versuch einer friedlichen Koexistenz. Und es ist wohl ihr grösster Erfolg, am Ende ohne schwerwiegende Konflikte eine Lösung gefunden zu haben. In der Rückschau wird die Teilung als Ursprung der beiden selbständigen (Halb-)Kantone Appenzell Innerrhoden und Appenzell Auserrhothen angesehen. Diese Sichtweise ist von der weiteren, sehr unterschiedlichen Entwicklung der beiden Gebiete geprägt. Das «Giftle» und «Pössle» zwischen den Innerrhodern und Auserrhothen ist zwar legendär. Gleichwohl sprach man sich gegenseitig bis ins 19. Jahrhundert als «Mitlandleute» an und nicht als «Eidgenossen» oder «Miteidgenossen» wie die Schwyzer, Zürcher oder Glarner. Man war sich trotz der Teilung bewusst, eigentlich einem grösseren Ganzen anzugehören. Mit dieser Sichtweise passt der 17. und letzte Artikel des Landteilungsbriefes überein, wonach die Teilung «nit immer und ewig noch länger wehren und bestaan [soll], dann so lang es inen zuo beiden theilen gefellig ist». Die Appenzeller könnten, so die Urkunde, die Teilung aufheben, wenn «inen und gemeinem land die sönnderung nit nutzlich und fürstendig were».

Sandro Frefel

Darstellung des Landes Appenzell im «Silbernen Landbuch» von 1585. Im Zentrum das Dorf Appenzell.

(Bild: Landesarchiv Appenzell Innerrhoden)



Früchte auch für die Verlierer

1847 traten sieben Kantone aus der Eidgenossenschaft aus. Die anderen mobilisierten ein Heer von 100000 Mann und siegten. Der Sonderbundskrieg gebar den Bundesstaat und prägte den Schweizer Katholizismus.



Heinz Angehrn (Jg. 1955) war Pfarrer des Bistums St. Gallen und lebt nach 37 Jahren im aktiven kirchlichen Dienst als Pensionierter im Bleniotal TI. Er ist Präsident der Redaktionskommission der Schweizerischen Kirchenzeitung und als Hobbys nennt er Musik, Geschichte und Literatur.

Die moderne Schweiz mit ihrer Verfassung, ihren konstitutionellen Organen und ihrem bis heute anhaltenden stolzen Selbstbewusstsein verdankt ihre Entstehung dem für uns Katholiken eigentlich verhängnisvollen Jahr 1847. Damals siegten die liberal-radikalen Kräfte im letzten Krieg, der auf Schweizer Boden gefochten wurde, im Sonderbundskrieg; sie schufen ausgehend davon im darauffolgenden Jahr den Bundesstaat und bestrafte die besiegte Minderheit für Jahrzehnte mit diskriminierenden Artikeln in der Verfassung und dem Ausschluss von der politischen Exekutivmacht. Es dauerte Ewigkeiten, bis diese offensichtlich aus Rache und Angst vor Gegenreaktion erfolgten Ungerechtigkeiten beseitigt waren: Der erste Vertreter der Katholisch-Konservativen wurde erst 1891 in die Regierung gewählt (der Luzerner Josef Zemp), und die konfessionellen Ausnahmeartikel (das Verbot der Tätigkeit des Jesuitenordens, Artikel 51, und das Verbot der Schaffung neuer Klöster, Artikel 52) wurden gar erst 1973 nach einer gehässig geführten Volksabstimmung mit nur 54,9 Prozent Ja-Stimmen aufgehoben. Fünfeinhalb Stände, darunter auch Zürich und Bern, stimmten auch damals noch mit Nein. Von «meterhohem Schutt konfessionellen Haders» war in den Nachbetrachtungen zur Abstimmung die Rede. Einige Relikte blieben für immer: Im Kanton St. Gallen gab es noch bis heute keinen Erziehungsdirektor, der der CVP angehörte; freisinnige Katholiken hingegen war in diesem Amte erwünscht!

Es ist für uns mehr als einhundert Jahre später Geborenen nun schon eigenartig zu sehen, wie viel gerade die katholische Kirche in der Schweiz diesem für sie doch eigentlich verhängnisvollen Datum verdankt. Die Sieger diskriminierten zwar, aber das Gebilde Bundesstaat, das sie schufen, war kein zentralistisches Diktat Bismarck'scher Prägung, sondern ein aus heutiger Sicht eigenartig perfektes Produkt der Umsetzung zentraler Werte der christlichen Soziallehre, von Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität. Wer etwa den «NZZ»-Artikel von alt Ständerat Riccardo Jagmetti (26.10.2018) über die Diskussionen zwischen Johann Jakob Rüttimann und Alfred Escher im Vorfeld reflektiert, erkennt, dass auf der «Sie-

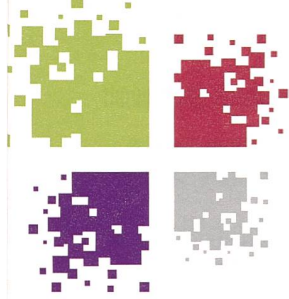
ger-Seite» mehr Einsicht herrschte als etwa 1919 in Versailles!

Viele der Grundideen des Bundesstaates, etwa das Kollegialitätsprinzip und die Rotation der Macht in den Exekutiven, faszinieren darum als Elemente angebotener Versöhnung und bewussten Verzichts auf absolute Macht. Aber noch weiter und viel mehr: Der Bundesstaat prägte den Katholizismus. Wer die dem Zweiten Vatikanischen Konzil folgenden Synoden in den Diözesen erlebte und wer die Arbeit und Tonalität in einem Deutschschweizer Priesterrat wahrnimmt, erkennt, wie sehr die katholische Kirche in der Schweiz «schweizerisch-katholische Kirche» geworden ist, ein Terminus, den ein Mitbruder, der ursprünglich aus Nigeria stammt, ironisch-kritisch prägte.

Es lässt sich folgern, dass anständig und in pädagogisch nicht überzogenem Ausmass ausgeübte «Siegerjustiz» durchaus Früchte tragen kann, für die auch die damaligen «Verlierer» dankbar sind. Nichts macht dies deutlicher als die eigenartige Kritik eines Kirchenmannes, der die Ergebnisse dieser Entwicklung «dysfunktional» nannte. Man könnte mit Blick auf die Schweizer Geschichte seit 1848 und ungeheure Stabilität, die sie auch im konfessionellen Zusammenleben schuf, umgekehrt durchaus von «funktional» und «organisch gewachsen» sprechen. Aber es existieren anscheinend unterschiedliche Betrachtungsweisen, je nachdem ob jemand in South Dakota oder etwa in einem der Schweizer Kantone mit gemischten Machtverhältnissen aufgewachsen ist.

Es lässt sich am Beispiel der Ausnahmeartikel aber auch feststellen, dass es durchaus schwierig und von langer Dauer sein kann, diskriminierende Strukturen als solche zu erkennen und rechtzeitig zu beseitigen. Dass der «zentralistische Apparat», als den unsere katholische Kirche bis heute immer wieder (zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt) wahrgenommen wird, dies erleichterte, muss uns Spätgeborenen Mahnung sein. Im demokratischen Spiel mitspielen fällt uns ja nicht so leicht!

Heinz Angehrn



Papst und Grossimam setzen Massstäbe

In das christlich-islamische Verhältnis kann der 4. Februar 2019 als historisches Datum eingehen. Ein Dokument von Papst und Grossimam ist ein Meilenstein – ebenso wie die grösste Messe auf arabischem Boden.



Ausland

Scheich Ahmad al-Tayyeb, Grossimam der Al-Azhar-Universität, und Papst Franziskus | © KNA

120000 Teilnehmer aus 100 Nationen, darunter 4000 Muslime: Die Messe, die Papst Franziskus am 5. Februar in Abu Dhabi feierte, ist die praktische Seite dessen, was er am Vorabend mit dem Grossimam Ahmad al-Tayyeb in einem wegweisenden Dokument über «menschliche Brüderlichkeit» erklärte: Geschwisterlichkeit, Pluralität und gelebter Glaube in friedlichem Miteinander der Kinder des einen Schöpfers.

Tolerante Emirate

Dieses religiöse Dokument hat insbesondere in diesem Teil der Welt enorme politische Bedeutung. So klar, wie der Grossimam der Kairoer Al-Azhar-Universität und der Papst für Religionsfreiheit, Frauenrechte und Nachhaltigkeit werben, so deutlich, wie sie jegliche Gewalt und Extremismus im Namen Gottes, aber auch religionsfeindlichen Säkularismus und amorali-schen Individualismus verurteilen, will das

nicht jeder Machthaber oder traditionalistische Prediger hören.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) geben sich als Förderer und Schützer von Toleranz und Dialog – auch in Abgrenzung zum grossen Nachbarn Saudi-Arabien. So haben die Emirate nicht nur kostenlos das Zayed-Sportstadion für die Papstmesse zur Verfügung gestellt. Auch für die zweitägige interreligiöse Konferenz über «Human Fraternity» scheute man weder Kosten noch Mühen.

In seiner Rede an der Konferenz forderte al-Tayyeb, Christen müssten in der Region volle Bürgerrechte haben. Dafür erhielt er ebenso Applaus wie für seine Kritik an westlichen Zerrbildern von Muslimen.

Der Papst kritisierte in seiner anschliessenden Rede scharf Krieg und Wetrüsten in der Region, lobte aber die Emirate für die Ge-

währung von Kultusfreiheit. Am Abend des ersten Tages bekamen beide den «Human Fraternity Award» überreicht, gestiftet von Abu Dhabis Herrschern, den Zayed. Das Oberhaupt der katholischen Kirche und der Vorsteher einer der wichtigsten Lehrautoritäten des sunnitischen Islam unterzeichneten zum Schluss des interreligiösen Treffens eine gemeinsame Erklärung.

Brisante Erklärung zum Auftakt

Die ist so brisant, dass ihre Veröffentlichung im Vorfeld nicht angekündigt wurde. Gemeinsam wie auch jeweils in ihren Glaubensgemeinschaften wollen Papst und Grossimam Frieden, Dialog, Toleranz und echte Frömmigkeit fördern, jeder Instrumentalisierung von Religion für Hass und Gewalt entgegenwirken und für gleiche Rechte für alle eintreten.

Fortsetzung auf nächster Seite

Meinung

Von wegen Missbrauch und Täuschung

Jetzt ist der Fall «Adebar» definitiv entschieden. Das Bundesgericht lehnt die Klage des Bistums Chur ab. Oberste Bistumsvertreter wollten erreichen, dass die Landeskirche die Familienberatungsstelle «Adebar» finanziell nicht mehr unterstützt. Die Beschwerde gegen das Corpus catholicum, die Legislative der Katholischen Landeskirche Graubünden, wurde durch alle Instanzen geführt. Vergeblich.

Pikant ist dabei nicht der Entscheid aus Lausanne. Vielmehr gibt die Medienmitteilung des Bistums zu denken. Hier wird aus vollen Rohren weiter gegen die Landeskirche und das Staatskirchenrecht geschossen. Es ist von «Täuschung» und «Missbrauch» des Namens der katholischen Kirche die Rede.

Das ist ein schwerer Vorwurf gegen das Corpus catholicum, das sich im Kanton Graubünden als Teil der katholischen Kirche versteht. Es hat nämlich dafür gesorgt, dass die finanziellen Beiträge an die Beratungsstelle an bestimmte Bedingungen geknüpft werden.

Am meisten ist den Beschwerdeführern vom Churer Bischofssitz wohl aufgestossen, dass sie in diesem Rechtsfall als «Dritte» bezeichnet werden. Da spielt wohl ein gerütteltes Mass an Ohnmacht mit. Diese Verschiebung der Machtverhältnisse kann heilsam sein.

Es ist durchwegs katholisch, dass wir in der Schweiz demokratisch gewählte Parlamente haben, die autonom über Finanzen entscheiden können. Damit gibt es eine Form von Ausgleich zwischen Bistum und Landeskirche, die sich gegenseitig ergänzen, aber auch kontrollieren. Das ist gutschweizerisch: von Missbrauch und Täuschung keine Spur.



Charles Martig

Direktor des Katholischen Medienzentrums Zürich.

Diese Jugend will mehr

Alles eine Nummer kleiner beim Weltjugendtag in Panama, dafür aber auch intensiver. Wer wissen wollte, wohin sich die gesellschaftliche Debatte entwickelt, konnte in den Diskussionsforen einen vielseitigen Einblick erhalten.

Am katholischen Weltjugendtag in Panama, der am 27. Januar zu Ende ging, traf sich der gesellschaftlich-politisch motivierte Teil der Jugend, der weit über den Tellerrand hinausdenkt. Diese Jungen werden die gesellschaftliche Debatte der nächsten Jahre bestimmen. Sie werden beeinflussen, was ethisch und ökologisch gut und was verwerflich ist.

Künftige Vertreter von NGOs

In Panama war die kommende Generation der Repräsentanten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vertreten. Viele von ihnen stecken noch in der Ausbildung, aber ein grosser Teil hat klare Vorstellungen von der Zukunft und dem, was sie machen wollen. Und das heisst gesellschaftliches Engagement. Wer zum Beispiel das «Youth Hearing» des Bundes der Deutschen Katho-

lischen Jugend und des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat vor Ort miterlebte, der hat eine sehr engagierte Jugend gesehen, die sich keinesfalls damit abspesen lässt, die Themen bloss anzuschneiden. Diese Jugend will mehr. Sie will verändern, und das überragende Thema dabei ist Ökologie: der Schutz der Natur, des Regenwaldes, des Klimas und der indigenen Völker.

Klasse statt Masse

Die Jungen werden diese Themen in die gesellschaftlichen Debatten hineinbringen. Das alles wurde auch deutlich, weil am Weltjugendtag in Panama nicht alles so riesig war wie sonst. Statt Masse stand Klasse im Vordergrund. Es wurde effizient und zielorientiert diskutiert. Und es wurden Forderungen aufgestellt.

Tobias Käufer



Teilnehmerin am Weltjugendtag 2019 in Panama | © KNA

Fortsetzung von letzter Seite

Papst und Grossimam ...

Selbst in den toleranten Emiraten geniessen Nichtmuslime zwar Kultus-, aber keine Religionsfreiheit. Darauf hatte der Papst in seiner Rede am Montagabend hingewiesen.

Ging es am 4. Februar um den interreligiösen Dialog, so galt der Vormittag des folgenden Tages den Christen im Nahen Osten. Bei der Messe mit Zehntausenden Menschen im Stadion und weiteren Zehntausenden

davor spendete Franziskus den Christen in Arabien, die fern ihrer Heimat leben, Trost.

Mit dem bislang grössten christlichen Gottesdienst auf arabischem Boden wurden die Christen in der islamischen Welt ins Licht der Weltöffentlichkeit gerückt. Mit der von Franziskus und al-Tayyeb unterzeichneten Erklärung haben die katholische Kirche und die höchste Lehrautorität des sunnitischen Islam einen Meilenstein gesetzt, hinter den Christen und Muslime nicht mehr so leicht zurückkönnen.

Roland Juchem

Alt Abt fordert Sachlichkeit vom Thinktank «Kirche/Politik»

Berchtold Müller ist Mitinitiant des neuen Thinktank «Kirche/Politik». Die «Gruppe» müsse als Erstes Erkenntnisse vorlegen, sagt der alt Abt von Engelberg gegenüber kath.ch.

Warum braucht es diesen Thinktank?

Berchtold Müller: Im Rahmen eines Gesprächs über Themen der «Paulus Akademie» haben Béatrice Acklin (die Freiburger FDP-Politikerin und Theologin, d. R.) und ich auch über das Thema Kirche und Politik gesprochen. Uns schien, dass in diesem Verhältnis auf beiden Seiten und aus unterschiedlichen Gründen erhebliche Irritationen bestehen, die sachliche und emotionale Reibungen verursachen. Um diese Gründe besser zu erfassen und daraus Konsequenzen zu ziehen, schlugen wir vor, eine kleine Gruppe von Interessierten zu einer Diskussionsrunde einzuladen. Nach dem ersten Gespräch waren die Beteiligten einverstanden, zu einem weiteren Treffen zusammenzukommen. In Zukunft sollte die Gruppe erweitert und die Überlegungen in einem öffentlichen Forum zur Diskussion gestellt werden.

Welche Funktion übt er im öffentlichen Auftritt der Kirche aus?

Müller: Die erste Diskussion zeigte durch Stellungnahmen von beiden Seiten die Notwendigkeit, das Verhältnis von Kirche und Politik neu und vertieft zu diskutieren.

Auf beiden Seiten bestehen Empfindlichkeiten und Frustrationen. Ob die Diskussion im Rahmen eines Thinktanks stattfinden soll, blieb offen. Auch ist es mässig, in der Anfangsphase angeben zu wollen, welche Bedeutung die Gespräche für die Kirche oder die Gesellschaft haben werden.



Alt Abt Berchtold Müller in einer Aufnahme aus dem Jahr 2009 | © Xaver Feierabend

Über welche Themen soll der Thinktank verhandeln?

Müller: Meiner Meinung nach geht es vorläufig nicht ums Mitreden, sondern um den Versuch, die Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft, Politik und Kirche zu verstehen. Wenn die Gruppe Erkenntnisse und Thesen vorlegen kann, müssen diese im weiteren Rahmen von Interessierten und Verantwortlichen diskutiert werden, bevor Konsequenzen vorgeschlagen oder Entscheidungen initiiert werden.

Sollen kirchliche Amtsträger zu politischen Themen schweigen?

Müller: Kirchliche Amtsträger, die dazu befugt und befähigt sind, haben einen

klaren Auftrag, das Evangelium Jesu Christi zu verkünden. Sie sollen es kompetent und verständlich tun. Selbstverständlich sollen sie sich in Wort und Tat engagieren und sich auf sichere Erkenntnisse der Theologie und anderer Wissenschaften stützen.

In diesem Rahmen sollen sie sich zu gesellschaftlichen und politischen Fragen äussern, aber es muss klar ersichtlich sein, ob sie im eigenen Namen sprechen oder im Sinn und Geist Jesu und im Auftrag seiner Kirche. Die Eigenständigkeit der Politik als Kunst des Machbaren und Dienst für das Allgemeinwohl muss respektiert werden.

Georges Scherrer

Chur scheitert vor Bundesgericht

Im Streit um eine Familienberatungsstelle ist das Bistum Chur vor dem Bundesgericht abgeblitzt. Die Richter in Lausanne stellten sich hinter die Katholische Landeskirche Graubünden.

Der Streit entzweite das Bistum Chur und die Katholische Landeskirche Graubünden seit Jahren. Das Bistum ist der Ansicht, die Fachstelle «Adebar», die vom Verein «Beratungsstelle für Familienplanung, Sexualität, Schwangerschaft und Partnerschaft Graubünden» getragen wird, wirke aktiv an Abtreibungen mit. Deshalb wollte es die finanzielle Unterstützung des Vereins durch die Landeskirche unterbinden. Zunächst durch

Anträge im Parlament der Landeskirche. Dann auf gerichtlichem Weg. Erfolglos.

Nun ist das Bistum auch vor dem Bundesgericht abgeblitzt. Gemäss ihrem Urteil vom 17. Dezember 2018 sind die Richter in Lausanne der Ansicht, der Entscheid zur Unterstützung von «Adebar» wende das Landeskirchenrecht nicht willkürlich an, teilte die Landeskirche mit. Die gesprochenen Mittel würden nicht für Zwecke eingesetzt, die mit

den Lehren der römisch-katholischen Kirche unvereinbar seien. Auch «keine Beeinträchtigung der Religionsfreiheit» sei «nicht auszumachen».

Scharfe Kritik des Bistums

Die Landeskirche begrüsste das Urteil, während das Bistum Chur den Entscheid äusserst kritisch kommentierte. Der Staat schaffe mit den Landeskirchen rechtliche Gebilde, die einer eigenen Agenda folgten, ohne dass sie deswegen in der Öffentlichkeit darauf verzichten müssten, sich katholisch zu nennen, heisst es in einer Stellungnahme. Gegen diese Täuschung und den Missbrauch ihres Namens könne die katholische Kirche in der Schweiz nichts tun, wie das Bundesgerichtsurteil nun zeige. (gs)

Schweiz

Schlupfloch stopfen

Wer bei der Kirche arbeiten, ins Priesterseminar oder in ein Kloster eintreten will, soll künftig einen Auszug aus dem Strafregister vorweisen müssen. Das sei eine von mehreren Präventionsmassnahmen, die das Fachgremium «Sexuelle Übergriffe im kirchlichen Umfeld» den Schweizer Bischöfen im Kampf gegen Missbrauch vorschlug, sagte der neue Präsident des Gremiums, Toni Brühlmann, auf Anfrage von kath.ch. Künftig sollen Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle im kirchlichen Dienst zwingend einen Privatauszug und einen Sonderprivatauszug aus dem Strafregister vorlegen müssen, meldete Radio SRF am 31. Januar. In gewissen Gebieten der Schweiz ist das Einholen von Strafregisterauszügen bereits jetzt gängige Praxis. (bal) (Bild: Toni Brühlmann | © zvg)



Patrick Renz verlässt Migratio

Patrick Renz verlässt nach zwei Jahren die Dienststelle der Schweizer Bischofskonferenz (SBK) für Migrationspastoral Migratio. Der Betriebswirt wurde zum Leiter Institute der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz gewählt, wie die SBK mitteilte. Renz trat Mitte Januar 2017 nach einer halbjährigen Vakanz die Stelle als Nationaldirektor ad interim in der Nachfolge von Samuel M. Behloul an. Im Herbst des gleichen Jahres wurde Renz definitiv im Amt bestätigt. (ms)

Impressum

kath.ch religion-politik-gesellschaft ist eine Publikation des Katholischen Medienzentrums Zürich. Sie erscheint als Beilage zur Schweizerischen Kirchenzeitung.

Leitung: Regula Pfeifer

Redaktion dieser Ausgabe: Barbara Ludwig

Die Verwendung von Inhalten ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe gestattet.

Anfragen per Telefon 044 204 17 80 oder E-Mail an redaktion@kath.ch.

Vatikan

Papst will auch gegen Missbrauch von Ordensfrauen vorgehen

Papst Franziskus hat eingeräumt, dass es in der katholischen Kirche auch Missbrauch von Ordensfrauen durch Kleriker gibt. «Es gibt das in der Kirche auch durch Kleriker, in einigen Regionen etwas mehr als in anderen», sagte er zu Journalisten am 5. Februar auf dem Rückflug von Abu Dhabi nach Rom. Franziskus sagte weiter, er wolle den von Benedikt XVI. begonnenen Kampf gegen Missbrauch fortsetzen. Konkrete Massnahmen nannte er nicht. (kna) (Bild: Ordensfrau hält Rosenkranz | © kna)



Ausland

Massnahmen gegen Missbrauch

Die Bischöfe im indischen Bundesstaat Kerala unternehmen weitere Schritte im Kampf gegen Missbrauch durch Kleriker: Neue Leitlinien für das Verhalten von Priestern und Kirchenpersonal sollen die Politik der Nulltoleranz bei sexuellem Missbrauch bekräftigen, wie «Vatican News» berichtete. Die Richtlinien wurden demnach an Priester, Kirchen, Bildungs- und religiöse Einrichtungen sowie an Pflegeheime im gesamten indischen Bundesstaat versendet. (kna)

Auch Homosexuelle willkommen

Deutsche Priesterseminare nehmen grundsätzlich auch homosexuelle Männer auf: Für sie sei wie bei heterosexuellen Männern die entscheidende Frage, ob sie zölibatär leben könnten und wollten, sagte der Vertreter der katholischen Priesterausbilder in Deutschland, Hartmut Niehues, dem Internetportal Domradio.de des Erzbistums Köln. Die Forderung der Bildungskongregation im Vatikan, Männer mit «tief sitzenden homosexuellen Tendenzen» vom Priesteramt auszuschliessen, nannte Niehues erklärungsbedürftig. «So wie das für heterosexuell empfindende Menschen eine Frage ist, ob die Orientierung sie so prägt und so bestimmt, dass sie ihre Orientierung praktizieren wollen und müssen, so stellt sich diese Frage auch für Menschen, die homosexuell empfinden.» (kna)

Social Media

Keine Ahnung von Religion?

Das Bundesgericht hat im Streit zwischen dem Bistum Chur und der Katholischen Landeskirche Graubünden um die Beratungsstelle «Adebar» zugunsten der Landeskirche entschieden (siehe Seite 3). Das Urteil hat die User auf Facebook entzweit.

Die Landeskirche hatte die finanzielle Unterstützung der Stelle an die Bedingung geknüpft, das Geld sei unter Berücksichtigung der Gesetze der katholischen Kirche zu verwenden. Das beruhigt Andreas Molch nicht. Der Unterstützungsbeitrag der Landeskirche ermögliche es «Adebar», Geldmittel aus anderen Quellen in Bereiche zu verschieben, die diesen Gesetzen nicht entsprechen, schreibt er auf Facebook. Die Landeskirche möge nun dieses Urteil der weltlichen Gerichtsbarkeit «feiern – und ihre mangelnde ethische Geradlinigkeit gleich mit».

Gudrun Ernstbrunner meint lakonisch, es sei halt «hart für einen Bischof Huonder, zu sehen, dass weltliche Gerichte nicht seinen Vorstellungen folgen». Die Bemerkung führte zu einem Disput über die Kompetenzen des Gerichts. «Was versteht das Bundesgericht schon von Religion?», fragt Friedrich Lorenz. Ob etwas aus religiöser Sicht richtig oder falsch sei, entscheide nicht Lausanne. Gudrun Ernstbrunner wendet ein, es gebe demokratische Strukturen in der Schweiz. Die Gläubigen hätten ein Mitspracherecht über die Verwendung ihrer Mittel.

Luzia Eller will wissen, wie sie vermeiden kann, dass die Landeskirche ihr «Kirchenbeitragsgeld» erhält. Und bekommt auch prompt einen Tipp von Carol Borges: Aus der Kirche austreten. (bal)

Zitat

«Jugendlichen sind Handy und Zugang zum Internet – also WLAN – existenziell wichtig. Gott ist wie WLAN. Er ist immer und überall erreichbar.»

Stephan Sigg

Der St. Galler Autor und Theologe sagte in einem Interview mit kath.ch, mit welchem Gottesbegriff Jugendliche erreicht werden können.

Licht und Schatten unter dem Triglav

Slowenien steht fast 30 Jahre nach dem Übergang vom Kommunismus zur Demokratie vor grossen gesellschaftlichen Herausforderungen. Neuere Entwicklungen geben Hoffnung.

Im Jahr 1909 legte der Klassiker der slowenischen literarischen Moderne Ivan Cankar (1876–1918) in einer seiner Erzählungen der Hauptperson das folgende Lied auf die Lippen: «O Heimat, als Gott dich erschuf, segnete er dich mit beiden Händen und sprach: «Hier werden lustige Menschen leben!» Geizig bemass er die Schönheit, als er von Ost bis West die Erde bestreute [...] Zuletzt blieb ihm eine ganze Handvoll Schönheit; er schüttete sie nach allen vier Seiten, von den steirischen Weinbergen bis zur steilen Küste Triests und vom Triglav¹ ins Bergland [...] Gottes Saat ging auf und trug – ein Himmelreich erwuchs um den Triglav.» Aber schon einen Augenblick später, als der Sänger sich in ein Dorf unten im Tal begibt, findet er dort nur Elend, Trauer, Krankheit und Alkoholismus.²

Konturen des Schattens

Auch 110 Jahre später behalten verschiedene Aspekte der Klage Cankars noch ihre bittere Aktualität. Das Alpenland, das Ende der 90er-Jahre wegen des erfolgreichen Übergangs vom Kommunismus zur Demokratie und zur besser funktionierenden Wirtschaft als Erfolgsgeschichte bezeichnet wurde und 2004 der EU beitrug, hat bis heute wichtige innere Probleme nicht gelöst. Die sogenannte «wilde Privatisierung» aus den ersten Jahren des unabhängigen Staates verursachte eine unverhältnismässige Verteilung des Reichtums; heute leben immer noch mehr als 18 Prozent der Bevölkerung unter oder knapp an der Armutsrisikoschwelle. Ein Zeichen fehlender Stabilität ist auch die Tatsache, dass jedes Jahr bis zu 10000 slowenische Bürger das Land verlassen, während in der gleichen Zeit eine um Tausende höhere Zahl an Einwanderern aus den ärmeren Balkanstaaten einreist. Diese Arbeiter werden nicht selten für niedrige Löhne angestellt und in menschenunwürdigen Wohnungen untergebracht.

Insbesondere ist auch die Frage nach der Religionsfreiheit zu stellen. Denn der Wechsel zu einem demokratischen Verständnis der Rolle der Religion findet in der Gesellschaft nur mit Verzögerung statt. Den Grund dafür sieht der slowenische Rechtsgelehrte Andrej Saje (*1966) vor allem in der geschichtlich belasteten Interpretation der strengen Trennung von Kirche und Staat. Besorgniserregend ist das immer häufigere Aufkommen

von Hassreden und von Ungleichbehandlung von Gläubigen im öffentlichen Leben. Auch innerkirchlich ist die Situation nicht einfach: der Bankrott einer der sechs Diözesen im Jahr 2013 erschütterte das Vertrauen vieler Gläubigen.

Strahlen des Lichts

Auf der anderen Seite gibt es in der slowenischen Gesellschaft in den letzten Jahren nicht wenige positive Zeichen, dass der demokratische Übergang vielleicht doch gelingen wird. Über sein Engagement für das im Jahr 2017 errichtete Denkmal für alle Kriegsoffer des 20. Jahrhunderts hinaus ist beim Staatspräsidenten Borut Pahor zu spüren, dass seine Bemühungen für die Versöhnung zwischen den Erben der Kommunisten und denen der Anti-Kommunisten ernst gemeint sind. Eine positivere Rolle hat in der letzten Zeit das Verfassungsgericht, das nicht mehr nur die sogenannte «negative», sondern auch die «positive» Religionsfreiheit in Schutz nimmt.

Die katholische Kirche selbst ist immer noch einer der wichtigsten Akteure der Zivilgesellschaft, die jede Woche die grösste Anzahl an Menschen untereinander verbindet und ihnen Gelegenheit für das geistliche und soziale Engagement bietet. So gibt es beispielsweise in 458 von 687 Pfarreien eine Stelle der Caritas mit insgesamt fast 11000 ehrenamtlichen Mitarbeitern. Die Caritas beteiligt sich an vielen Aktivitäten: Sozialhilfeprogramme unterstützen Drogenprävention und -rehabilitation, sensibilisieren die Öffentlichkeit für die Auswirkungen des Klimawandels, errichten Heime für Mütter und bieten Migrantinnen und Opfern von Menschenhandel Hilfe an. Eine erfolgreiche Geschichte sind unter anderem die Aktion Sternsingen und die Sommerfreizeiten für Kinder in den Pfarreien.

Der Wirkungsraum der slowenischen Kirche bleibt breit, und sogar Cankars Sänger würde heute ein fröhlicheres Lied singen können. Aber die Herausforderungen der Zeit sind gross: Der Glaube ist tiefer und persönlicher und das Zeugnis klarer und leidenschaftlicher zu gestalten. Wie werden unsere Mitmenschen sonst erfahren können, dass die christliche Berufung eigentlich eine ständige Einladung zum Fest mit dem Herrn ist: «Selig, die zum Hochzeitsmahl des Lammes geladen sind»?

Matej Pavlic



Dr. iur. can. Matej Pavlic (Jg. 1978) ist Priester der Erzdiözese Ljubljana und Mitarbeiter des Bischöflichen Kirchengerichts in Ljubljana.

Artikel in voller Länge als Bonusbeitrag auf www.kirchenzeitung.ch

¹ Mit 2864 m. ü. M. der höchste Berg und das Nationalsymbol Sloweniens (Triglav = Dreikopf).

² Vgl. Cankar, I., Kurent, dt. Übersetzung, Klagenfurt 1999.

Symbol schöpferischer Freiheitgeschichte

Die anglikanische Gemeinschaft und die altorientalischen Kirchen plädieren dafür, dass in der Liturgie künftig das Filioque im grossen Glaubensbekenntnis weggelassen wird. Wie ist dies zu werten?



Prof. Dr. Barbara Hallensleben (Jg. 1957) ist Professorin für Dogmatik und Theologie der Ökumene an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg i. Ue. Sie ist Direktorin des Zentrums St. Nikolaus für das Studium der Ostkirchen und Mitglied der Gemeinsamen Internationalen Kommission für den theologischen Dialog zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche.

Das Filioque aus dem Glaubensbekenntnis der Liturgie streichen? Die Brisanz dieses Vorschlags der anglikanischen Gemeinschaft und der altorientalischen Kirchen (die sich auf die drei ersten Ökumenischen Konzilien 325, 381 und 431 beziehen) liegt in der Bedeutung des Nizäno-Konstantinopolitanischen Glaubensbekenntnisses als gemeinsamer Grundlage quasi der gesamten Christenheit. Doch entspricht das wirklich unserer Erfahrung? Dieses Bekenntnis ist im deutschen Sprachraum fast völlig aus den katholischen Gottesdiensten verschwunden, ersetzt durch das kürzere Apostolische Glaubensbekenntnis oder einfach durch ein Lied. Gleichzeitig bekräftigt der Schweizerische Evangelische Kirchenbund in seiner neuen Verfassung neu den Bezug zu den altkirchlichen Glaubensbekenntnissen. Die Ostkirchen beten das Bekenntnis von 381 nicht nur in jeder Liturgie, sondern es gehört zu den Gebeten, die von der gesamten Gemeinde gesungen werden, noch dazu während der Wandlung, also gleichsam als Hochgebet der Laien. Ist das Filioque eine Gewohnheit, von der man sich mit einiger Überwindung auch verabschieden kann, wenn andere daran Anstoss nehmen?

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick

Der Ausdruck ging aus dem Kampf gegen die Nachwirkungen des Arianismus hervor, der Gottes Sohn zwar als das erste aller Geschöpfe, aber nicht als «gleichen Wesens mit dem Vater» (homoousios) anerkannte. Die Beteiligung des Sohnes am innergöttlichen Hervorgang des Geistes unterstrich die volle göttliche Natur Jesu Christi. Karl der Grosse, der seinem Reich eine einheitliche Glaubensgrundlage geben wollte, liess durch eine Synode in Aachen 809 daher das Filioque in das Glaubensbekenntnis einfügen. In der Ostkirche wurde und wird bis heute diese Entwicklung aus zwei verschiedenen Gründen nicht gebilligt, ja zum Teil als Ausdruck einer Spaltung im Glauben betrachtet:

1. Die Entscheidung eines Ökumenischen Konzils kann nur durch ein neues Ökumeni-

sches Konzil im Einvernehmen mit der ganzen Kirche abgewandelt werden.

2. Das Filioque ist aus inhaltlichen Gründen zu verwerfen, denn a) entspricht es nicht der biblischen Aussage (vgl. Joh 15,26: «der Geist der Wahrheit, der vom Vater ausgeht») und b) erweckt es den Eindruck von zwei Prinzipien in Gott und widerspricht auf diese Weise der «Monarchie» des Vaters, der als alleiniger Ursprung zu verehren ist.

Der erste Teil des Arguments ist sehr ernst zu nehmen. Papst Leo III. liess als Reaktion auf die Entscheidung Karls des Grossen 810 das Glaubensbekenntnis auf Latein und Griechisch ohne das Filioque auf silberne Tafeln einprägen und in der Peterskirche anbringen. Auch heute verwendet der Papst immer dann, wenn er mit Vertretern der Ostkirche gemeinsam betet, das Glaubensbekenntnis ohne Zusatz. In den Gebetbüchern für die Europäische Ökumenische Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» in Basel 1989 wurde das Credo in der Konzilsfassung aufgenommen – nur im deutschen Text war das Filioque versehentlich stehen geblieben. Eine grosse Schar von freiwilligen (katholischen!) Helfern arbeitete einen ganzen Tag lang, um den deutschen Zusatz 5000 Mal säuberlich zu streichen.

Inhaltlich weitgehende Einigungen

Schwieriger ist die inhaltliche Frage, die seit Jahrhunderten immer neu diskutiert wird. Nicht zuletzt spielen dabei Übersetzungsprobleme zwischen dem griechischen und dem lateinischen Wortlaut eine Rolle. Inzwischen stellte sich eine weitgehende Einigung ein:

1. Im Rahmen der Heilsgeschichte ist es unstrittig, dass der Sohn an der Sendung des Heiligen Geistes beteiligt ist: «Ich werde ihn [den Geist] zu euch senden» (Joh 16,7), sagt Jesus. In Joh 19,30 heisst es von Jesus: tradidit spiritum – «er gab den Geist auf», d. h., er starb, zugleich aber «übergab er den Geist», der als Geist der Liebe zu seinem

Vater aufgrund der Treue Jesu bis zum Tod, ja bis zum Tod am Kreuz, nun auch durch sein Menschsein vollendet hervorgebracht ist.

2. Auch im Osten billigt die Theologie dem ewigen Sohn eine gewisse Beteiligung am Hervorgang des Geistes zu, etwa in Aussagen wie «der Geist geht hervor durch den Sohn» oder «er ruht auf dem Sohn».
3. Die katholische Seite will mit dem Filioque keinesfalls Gott Vater als alleinige Quelle des göttlichen Lebens infrage stellen. So verabschiedete es das Unionskonzil von Florenz – das leider später keine Rezeption fand – mit Billigung der ostkirchlichen Konzilsväter der anwesenden Ostkirchen: «Und weil der Vater selbst alles, was des Vaters ist, seinem einziggeborenen Sohn in der Zeugung gab, ausser dem Vatersein, hat der Sohn selbst eben dieses, dass der Heilige Geist aus dem Sohn hervorgeht, von Ewigkeit her vom Vater, von dem er auch von Ewigkeit her gezeugt ist» (DH 1301).

Blosses Streichen ist keine Lösung

Die offene Frage liegt also allein darin, ob das heilsgeschichtliche Filioque Ausdruck der ewigen innertrinitarischen Beziehung des Sohnes zum Geist ist. Über diese Frage gehen die anglikanischen Gesprächspartner allzu leichtfertig hinweg, indem sie das Filioque ausschliesslich auf

die zeitliche Sendung des Geistes durch den Menschgewordenen beziehen.

Was steht für den Glauben auf dem Spiel? Die Formulierung des Konzils von Florenz lässt es erahnen: Die ostkirchliche Theologie betont die Ursprungsbewegung im Vater, und so werden der Sohn, der Geist und auch die Schöpfung vorrangig als Empfänger der göttlichen Gabe dargestellt. Demgegenüber benennt die westliche Tradition eine ohne Verminderung fortgesetzte Bewegung: Gott der Vater gibt nicht nur – Gott gibt die Fähigkeit zu geben! Gott der Vater bringt nicht nur hervor – Gott schenkt Anteil an seiner Kreativität! Man könnte die These wagen: Im Filioque fand die ganze schöpferische Freiheitsgeschichte der westlichen Zivilisation ihr Symbol, aber auch ihr bleibendes Kriterium. Eine «Ökonomie» ohne Rückbindung an die trinitarische Urbewegung der Liebe wird gottlos (Westen) oder unwirksam (Osten). Die Trennung zwischen dem innergöttlichen Leben (Theologia) und der Heilsgeschichte (Oikonomia) führt tendenziell zur Säkularisierung und Moralisierung der christlichen Lebensform. Das blosses Streichen des Filioque ist kein ökumenischer Fortschritt, solange die lebensgestaltende Kraft in der Formulierung nicht freigesetzt ist. Mit dieser Aufgabe lässt das neue Einigungsdokument uns allein.

Barbara Hallensleben

Anglikanische Gemeinschaft und altorientalische Kirchen

Die Internationale Anglikanisch – Orientalisch-orthodoxe Gesprächskommission veröffentlichte während ihrer Jahressitzung im Libanon im Oktober 2018 ein bereits 2017 abgeschlossenes Dokument unter dem Titel «Hervorgang und Wirken des Heiligen Geistes» (The Procession and Work of the Holy Spirit). Darin wird die Verbindlichkeit des Glaubensbekenntnisses des Konzils von Konstantinopel 381 betont. Gemäss dem damals verabschiedeten Bekenntnis geht der Heilige Geist «vom Vater» aus, während die später im Westen hinzugefügte Ergänzung «und vom Sohn» (filioque) fehlt. Auf orthodoxer Seite nahmen die Koptische, die Syrische, die Armenische und die Indische (Malankara-Orthodoxe) Kirche teil. Der Text ist online auf Englisch zugänglich unter: www.anglicancommunion.org

Amtliche Mitteilungen

ALLE BISTÜMER

Nationaldirektor Patrick Renz verlässt migratio

Prof. Dr. Patrick Renz verlässt per Ende März 2019 migratio, die Dienststelle der Schweizer Bischofskonferenz SBK für Migrationspastoral. Er wurde zum Leiter Institute der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz gewählt.

Renz betont: «Mir ist der Entscheid nicht leicht gefallen. Der Schweizer Bischofskonferenz, namentlich dem für Migration zuständigen Bischof Jean-Marie Lovey und dem Generalsekretär Dr. Erwin Tanner-Tiziani, danke ich für die grosse Chance, dass ich mich in die katholische Kirche in der Schweiz einbringen konnte. Dass ich mich für eine Pastoral von mehr Miteinander und bewussterem Nebeneinander und für gerechtere Strukturen von einer Million Katholikinnen und Katholiken mit Migrationshintergrund einsetzen durfte, ist und bleibt für mich eine grosse Gnade.»

Renz hat als Nationaldirektor massgeblich zu einem Neuaufbruch bei der Dienststelle migratio sowie zur Errichtung der Migrationskommission beigetragen. In dieser Zeit gelang es, das Thema der Migrationspastoral als für die Zukunft der Kirche in der Schweiz wichtiges Thema zu positionieren und Grundlagen für eine künftige Strategie zu erarbeiten.

Generalsekretär Tanner-Tiziani bedauert den Weggang des Nationaldirektors, war dieser ihm doch stets ein verlässlicher Ansprechpartner und eine grosse fachliche Stütze in Fragen der Migrantenpastoral. «Ich danke Patrick Renz für seinen unermüdlichen Einsatz und die wertvollen Impulse für die Migrantenpastoral; sein Weggang hinterlässt eine grosse Lücke, die es nun so bald wie möglich zu schliessen gilt.» Die Suche einer entsprechenden Nachfolge hat bereits begonnen.

Schweizer Bischofskonferenz SBK,
Dr. Erwin Tanner-Tiziani, Generalsekretär

BISTUM BASEL

Ernennungen

Diözesanbischof Felix Gmür ernannte:

- *Pater Dr. Okezie Solomon Obasi SMMM* zum Pastoralraumpfarrer des Pastoralraumes Unteres Freiamt und zum Pfarrer der Pfarreien Johannes der Täufer Dottikon AG, Maria Himmelfahrt Fischbach-Göslikon AG, St. Michael Hägglingen AG, St. Martin Niederwil AG, St. Nikolaus Waltenschwil AG und St. Leonhard Wohlen AG im Pastoralraum Unteres Freiamt per 1. Februar 2019;
- *Kurt Grüter* zum Leitenden Priester des Pastoralraumes Kriens und zum Leitenden Priester der Pfarreien Bruder Klaus Kriens LU, St. Franziskus Kriens LU und St. Gallus Kriens LU im Pastoralraum Kriens per 1. Februar 2019;

- *Pater Uche Iheke SMMM* zum Leitenden Priester des Pastoralraumes Bremgarten-Reusstal und zum Leitenden Priester der Pfarreien St. Nikolaus Bremgarten AG, Bruder Klaus Hermetschwil AG, Franz Xaver Jonen AG, St. Leodegar Lunkhofen AG und St. Martin Zufikon AG im Pastoralraum Bremgarten-Reusstal per 1. Februar 2019;
- *Diakon Andreas Bossmeyer* zum Pastoralraumleiter des Pastoralraumes Bremgarten-Reusstal und als Gemeindeleiter der Pfarreien St. Nikolaus Bremgarten AG, Bruder Klaus Hermetschwil AG, Franz Xaver Jonen AG, St. Leodegar Lunkhofen AG und St. Martin Zufikon AG im Pastoralraum Bremgarten-Reusstal per 1. Februar 2019.

Diözesanbischof Felix Gmür beauftragte (Missio canonica):

- *Kurt Meier* als Katechet (RPI) in der Pfarrei Christkönig Zofingen AG und im Pfarr-Rektorat St. Maria Strengelbach AG im Seelsorgeverband Zofingen-Strengelbach per 1. Februar 2019.

Diözesanbischof Felix Gmür ernannte im neu errichteten Pastoralraum Leimental per 10. Februar 2019:

- *Roger Schmidlin* zum Leitenden Priester des Pastoralraumes Leimental und zum Pfarrer der Pfarrei St. Peter und Paul Ettingen BL;
- *Heinz Warnebold* zum Leitenden Priester der Pfarreien Heilig Kreuz Binningen BL und St. Peter und Paul Oberwil BL;
- *Markus Tippmar* zum Leitenden Priester der Pfarrei St. Stephan Therwil BL;
- *Diakon Bernhard Engeler-La Licata* zum Gemeindeleiter der Pfarrei St. Peter und Paul Oberwil BL.

Diözesanbischof Felix Gmür beauftragte (Missio canonica) im neu errichteten Pastoralraum Leimental per 10. Februar 2019:

- *Elke Kreiselmeier* als Pastoralraumleiterin des Pastoralraumes Leimental und als Gemeindeleiterin der Pfarrei St. Stephan Therwil BL;
- *Ralf Kreiselmeier* als Gemeindeleiter der Pfarrei St. Stephan Therwil BL;
- *Jutta Achhammer Moosbrugger* als Pastoralassistentin in der Pfarrei St. Stephan Therwil BL;
- *Philipp Moosbrugger-Achhammer* als Pastoralassistent in der Pfarrei St. Stephan Therwil BL;
- *Ingrid Schell* als Pastoralassistentin in der Pfarrei Heilig Kreuz Binningen BL;
- *Annette Jäggi* als Pastoralassistentin in der Pfarrei Heilig Kreuz Binningen BL;
- *Elke Kreiselmeier* als Pastoralassistentin in der Pfarrei Heilig Kreuz Binningen BL;
- *Carmela Engeler-La Licata* als Katechetin (KIL) in der Pfarrei St. Peter und Paul Oberwil BL.

Diözesane Kommunikationsstelle

BISTUM CHUR

Ernennung

Diözesanbischof Vitus Huonder ernannte:

- *Dr. Miroslav Oravec* zum Kaplan (Missionar) in solidum für die Unità Pastorale Flughafen Zürich.

Beauftragung

Diözesanbischof Vitus Huonder beauftragte zur Mitwirkung am Seelsorgedienst:

- *Diakon i. Wj. Christian Gerl* in der Pfarrei Mariä Empfängnis in Davos Platz mit dem Pfarr-Rektorat hl. Herz Jesu in Davos Dorf.

Missio canonica

Diözesanbischof Vitus Huonder erteilte die bischöfliche Beauftragung (missio canonica) an:

- *Andreas Beerli* als Leiter der Kirchlichen Stelle für Gemeindeberatung, Coaching und Supervision im Regionalen Generalvikariat Zürich/Glarus.

Weihe zu Ständigen Diakonen

Am Samstag, 9. Februar 2019, weihte Weihbischof Marian Eleganti in der Kirche Herz Jesu in Zürich Wiedikon ZH zu Ständigen Diakonen:

- *David Bösl*, geboren am 15. November 1977, tätig in der Pfarrei Herz Jesu in Zürich Wiedikon; *Urs Länzlinger*, geboren am 14. November 1965, tätig im Regionalen Generalvikariat Zürich/Glarus; *Andreas Neira*, geboren am 7. Juli 1977, tätig in der Pfarrei St. Marien in Wädenswil; *Volker Schmitt*, geboren am 25. April 1973, tätig in der Pfarrei St. Felix und Regula in Thalwil; *Bernd Siemes*, geboren am 1. Juni 1977, tätig als Spitalseelsorger am Universitätsspital Zürich.

Bischöfliche Kanzlei Chur

Impressum

Schweizerische Kirchenzeitung

Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge sowie amtliches Organ der Bistümer Basel, Chur, St. Gallen, Lausanne-Genf-Freiburg und Sitten. Erscheint zweiwöchentlich, Doppelnummern im Juli, Oktober und Dezember. Auflage: 1900 Expl.

Anschrift/Redaktion

Arsenalstrasse 24
Postfach 1064
6011 Kriens LU
Tel. 041 318 34 97
redaktion@kirchenzeitung.ch
www.kirchenzeitung.ch

Leitende Fachredaktorin
Dr. Maria Hässig (mh)

Fachredaktorin
Mth Rosmarie Schärer (rs)

Produzentin/Geschäftsführerin
Brigitte Burri (bb)

Herausgeber

Die Bischöfe von Basel, Chur und St. Gallen

Herausgeberkommission

Die Generalvikare:
Dr. Markus Thürig (Solothurn)
Dr. Martin Grichting (Chur)
Guido Scherrer (St. Gallen)

Redaktionskommission

Pfr. Heinz Angehrn (Malvaglia)
Pfr. Dr. Roland Graf (Unteriberg)
Dr. Thomas Markus Meier (Oberbösgen)
David Wakefield (Spreitenbach)

Abo-Service

Tel. 041 318 34 96
abo@kirchenzeitung.ch

Einzelnummer CHF 9, Doppelnummer CHF 15 (exkl. Versand), Jahres-Abo Inland CHF 169 (Ausland CHF 199), Jahres-Abo Studierende CHF 98 (Ausland CHF 128), Kennenlern-Abo (4 Ausgaben) CHF 35.

Abonnenten erhalten Zugriff auf das Digitalangebot der SKZ (E-Paper; weiterführende Artikel, Dossiers und Archiv) unter www.kirchenzeitung.ch

Inserate-Service

Telefon 041 318 34 85
inserate@kirchenzeitung.ch

Druck und Verlag

Brunner Medien AG, Kriens
www.bag.ch

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Für einverlangtes Material gehen alle Rechte an die Herausgeber über. Die Wiedergabe von Beiträgen (Print und Online), auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Die Panoramaseiten «kath.ch» sowie die amtl. Mitteilungen verantworten die jeweils publizierenden Institutionen.

Kath. Pfarrei St. Gallus, Büron
Kath. Pfarrei St. Laurentius Triengen
Kath. Pfarrei Maria Himmelfahrt, Winikon

Wir sind drei Pfarreien und suchen für unseren zukünftigen Pastoralraum zwei Seelsorgende. Für die gemeinsame Leitung unserer Pfarreien suchen wir nach Vereinbarung:

**einen Pfarradministrator (80–100%) oder
 eine Gemeindeführerin / einen Gemeindeführer (80–100%)
 sowie eine Pastoralassistentin / einen Pastoralassistenten (60–80%)**

Ihr Aufgabengebiet als Leitungsperson umfasst:

- Leitung der drei Pfarreien
- Allgemeine Seelsorge für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen
- Projektleitung und Leitung des zukünftigen Pastoralraumes
- Bereitschaft in verschiedenen Teams und Gruppen zusammenzuarbeiten
- Begleitung von Freiwilligen

Ihr Aufgabengebiet als Pastoralassistentin / als Pastoralassistent in allen drei Pfarreien umfasst:

- Allgemeine Seelsorge für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen
- Bereitschaft in verschiedenen Teams und Gruppen zusammenzuarbeiten
- Begleitung von Freiwilligen
- Mitarbeit in Liturgie, Verkündigung, Gemeindeaufbau und Diakonie
- Religionsunterricht

Wir setzen voraus:

- Abgeschlossenes Theologiestudium und Berufseinführung Bistum Basel (oder äquivalente Ausbildung)
- Erfahrung in der Pfarreiseelsorge

Wir bieten Ihnen:

- gut zusammenarbeitende Kirchengemeinden und Pfarreien
- Engagierte Mitarbeitende, Freiwillige und Gruppierungen, die aktiv in den Pfarreien mitwirken
- Wohnung im Pfarrhaus Triengen
- Gut eingerichtete Arbeitsräume
- Anstellung und Besoldung nach den Richtlinien der Römisch-katholischen Landeskirche Luzern

Unsere Pfarreiprofile finden sie unter: www.pfarrei-bueron-schlierbach.ch

Auskunft erteilt Ihnen gerne Frau Andrea Steiger, Kirchmeisterin Pfarrei St. Gallus, Büron, Telefon 041 933 12 81.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung. Senden Sie diese bitte an:

- Abteilung Personal Bistum Basel, Baselstrasse 58, Postfach, 4501 Solothurn;
 Mail: personalamt@bistum-basel.ch

Ihr Inserat in der  **SKZ** Schweizerische Kirchenzeitung

Beratung/Kontakt: Armin Rüfenacht, Telefon 041 318 34 85
 E-Mail: inserate@kirchenzeitung.ch

www.kirchenzeitung.ch


rex buch shop

Hilfsmittel und Bücher für

Jugendarbeit, Katechese und Spiritualität

www.rex-buch.ch

Die katholische Pfarrei St. Peter und Paul Willisau zählt gut 5700 Mitglieder, weist ein reges Pfarreileben auf und ist mit den lokalen Schulen gut vernetzt. Für die Leitung unseres Katecheten-teams suchen wir per 1. August 2019 oder nach Vereinbarung



eine Katechetin/einen Katecheten (RPI/KIL) 80–100 %

Ihre Aufgaben

- Ressortleitung Katechese mit personeller Führung von Mitarbeiter/-Innen im Bereich der Katechese
- Religionsunterricht auf der Mittel- und Oberstufe
- Organisation Stufen- und Lehrplankonformer Religionsunterricht
- Ressortleitung Firmung
- Projektleitung kirchlicher Jugendarbeit

Wir erwarten

- Abschluss RPI/KIL oder gleichwertige Ausbildung
- Freude und Offenheit im Umgang mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen
- positive Beziehung zur Kirche
- ausgeprägte Organisations- und Kommunikationsfähigkeit
- Kreativität und Flexibilität

Wir bieten

- Mitarbeit in einem engagierten und motivierten Team
- gute Infrastruktur
- Anstellungsbedingungen gemäss Empfehlungen der Röm.-Kath. Landeskirche Kanton Luzern
- lebendige und aktive Pfarreigemeinschaft

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Pfarrer Martin Walter, Katholische Kirche Willisau, Tel. 041 972 62 00, pfarrer@kath-kirche-willisau.ch

Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bis 28. Februar 2019 an das Bischöfliche Ordinariat, Abteilung Personal, Baselstrasse 58, 4502 Solothurn oder an personalamt@bistum-basel.ch.
 Mit Kopie an: Kath. Kirchgemeinde Willisau, Kirchmeieramt, Müligass 6, 6130 Willisau oder an kirchmeier@kath-kirche-willisau.ch

Wir freuen uns auf Sie!

 **Römisch Katholische Kirche in Basel-Stadt**

Die Römisch-Katholische Kirche in Basel-Stadt sucht per 1. Mai 2019 oder nach Vereinbarung einen/eine

Spitalseelsorger/in (80%)

für das Universitätsspital Basel

Arbeitsfelder:

- Gespräche mit PatientInnen
- Begleitung von Angehörigen
- Kontakte und Zusammenarbeit mit dem Personal
- Regelmässige Anwesenheit auf verschiedenen Abteilungen
- Fort- und Weiterbildungen mit dem Personal
- Sonntagsgottesdienste
- Spendung von Krankenkommunion und Krankensegnungen
- Leitungsverantwortung für Freiwillige
- Administrative Aufgaben
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Spitals
- 8 Wochen Pikettendienst Notfallseelsorge

Voraussetzungen:

- abgeschlossenes Theologiestudium und Berufseinführung (oder äquivalente Ausbildung)
- Erfolgreiche pastorale Tätigkeit in einer Pfarrei
- CPT-Ausbildung oder Bereitschaft, diese nachzuholen
- Fremdsprachenkenntnisse
- Offenheit für eine Übersetzung von Spiritualität in heutige Kontexte
- Offenheit für die ökumenische Zusammenarbeit
- Teamfähigkeit
- Bereitschaft zu Supervision und Intervention
- Bereitschaft zur Mitarbeit im Pastoralraum Basel-Stadt

Die Anstellung erfolgt nach den Richtlinien der Römisch-Katholischen Kirche in Basel-Stadt.

Auskünfte erteilt:
 Sarah Biotti, Stellenleitung Spezialseelsorge, sarah.biotti@rkk-bs.ch, 079 174 18 93

Ihre Bewerbungen richten Sie mit den üblichen Unterlagen bis zum 7. März 2019 an:
 Bischöfliches Ordinariat
 Abteilung Personal
 Baselstrasse 58
 CH-4501 Solothurn
personalamt@bistum-basel.ch

Die Bewerbungsgespräche finden am Mittwoch, 27. März 2019 statt.

In Ermatingen wird Ökumene gelebt. Seit 1536 nutzen wir unsere Pfarrkirche paritätisch mit unseren evangelischen Mitchristen. Zur Thurgauer Pfarrei am schönen Untersee mit rund 1500 Katholiken gehören auch die umliegenden Dörfer auf dem Seerücken.



Da unsere Gemeindeleiterin eine neue Aufgabe übernimmt, suchen wir auf Sommer 2019 oder nach Vereinbarung

eine Pastoralassistentin/ einen Pastoralassistenten (80–100%)

in der Pfarrei Ermatingen und im zukünftigen Pastoralraum.

Ihr Aufgabenbereich umfasst:

- Allgemeine Seelsorge
- Ansprechperson für das kirchliche Leben
- Feiern von Gottesdiensten mit allen Altersstufen
- Verantwortung für Religions- und Firmunterricht
- Enge ökumenische Zusammenarbeit

Wir erwarten:

- Abgeschlossenes Theologiestudium und Berufseinführung Bistum Basel (oder gleichwertige Ausbildung)
- Bereitschaft, sich auf die Bevölkerung einzulassen und zur lebendigen Dorfkultur beizutragen
- Freude an der Zusammenarbeit mit den Teilzeitangestellten, der Kirchenvorsteherschaft und den Freiwilligen
- Weiterentwicklung der Kinder- und Familienarbeit
- Engagement für die Ökumene
- Offenheit für die Zusammenarbeit im zukünftigen Pastoralraum

Wir bieten Ihnen:

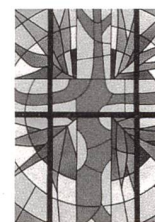
- abwechslungsreiche Tätigkeit mit Raum für neue Ideen
- Unterstützung durch ein kompetentes Pfarreisekretariat
- attraktive Wohnlage, bei Bedarf grosszügige Mietwohnung im Pfarrhaus Ermatingen
- zeitgemässe Anstellungsbedingungen nach den Richtlinien der römisch-katholischen Landeskirche Thurgau

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Für Fragen steht Ihnen Frau Beatrice Niedermann, Kirchgemeindepräsidentin, Tel. 071 660 04 70, Mail: praesidium@kath-ermatingen.ch gerne zur Verfügung.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte an das Personalamt des Bistums Basel, Baselstrasse 58, 4502 Solothurn oder personalamt@bistum-basel.ch

mit Kopie an die katholische Kirchenvorsteherschaft, Beatrice Niedermann, Untere Seestr. 7, 8272 Ermatingen oder praesidium@kath-ermatingen.ch



Jugendseelsorgerin / Jugendseelsorger 80–100 %

Pfarrei Binningen-Bottmingen/BL

1. August 2019 oder nach Vereinbarung

Wir sind eine Pfarrei mit 5100 Mitgliedern direkt am Stadtrand von Basel. Momentan sind wir mit neuen Ideen und Zielen im Aufbruch. Uns ist ein vielfältiges Gemeindeleben mit einer lebendigen diakonischen und ökumenischen Ausrichtung wichtig.

Ihre Aufgaben:

- Durchführung des Firmkurses (17+)
- Arbeit von Ministranten und Ministrantinnen
- Projektangebote zu Lebens- und Glaubensfragen für Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren
- Organisation und Durchführung des Krippenspielprojektes
- Mitarbeit und Präses in der kirchlichen Verbandsarbeit (Blauring, Pfadi)
- Religionsunterricht in der Oberstufe (Sek I)
- Koordination des Religionsunterrichts mit der Schule und der ref. Kirche am Ort
- Gestaltung von Jugendgottesdiensten
- Mitarbeit im Seelsorgeteam
- Vernetzung im Pastoralraum

Sie bringen mit:

- eine Ausbildung in kirchlicher Jugendarbeit, Formodula, Soziokulturelle Animation, Sozialarbeit
- Bereitschaft zur Teamarbeit und zur ökumenischen Zusammenarbeit
- Kreativität, Kontaktfreudigkeit und Begeisterungsfähigkeit
- Bereitschaft zu unregelmässigen Einsätzen am Abend und am Wochenende
- Erfahrung in der kirchlichen Jugendarbeit (ehren- oder hauptamtlich)
- Übung im Umgang mit Social Media
- Wohnsitz in der Region

Wir bieten:

- lebendige und aufgestellte Jugendgruppen
- engagiertes, grösseres Team
- gute Infrastruktur
- Spielraum für eigene Gestaltungsmöglichkeiten
- Offenheit für andere Projekte
- Besoldung gem. Richtlinien der kath. Landeskirche BL

Nähere Auskünfte erteilt Annette Jäggi, Pastoralassistentin, E-Mail a.jaeggi@rkk-bibo.ch / www.rkk-bibo.ch

Ihr Bewerbungsdossier richten Sie bitte bis 31. März 2019 an den Kirchgemeindepräsidenten Franco Cairolì, Margarethenstrasse 32, 4102 Binningen oder per E-Mail an f.k.cairolì@bluewin.ch

Röm.-kath. Pfarrei Binningen-Bottmingen, Margarethenstr. 32,
Tel. 061 425 90 00 / www.rkk-bibo.ch



PASTORALRAUM MURI AG
UND UMGEBUNG

Pastoralraum Muri AG und Umgebung

Die sechs Pfarreien Muri AG, Aristau, Beinwil Freiamt, Boswil, Bünzen und Merenschwand im Oberfreiamt bilden seit Januar 2016 einen Pastoralraum mit etwa 10 500 Katholiken. Aufgrund der Ernennung des bisherigen Pastoralraumpfarrers und Pfarrers zum Bischofsvikar suchen wir auf den 1. August 2019 oder nach Vereinbarung einen

Pastoralraumpfarrer/Pfarrer (100 %)

Ihr Aufgabengebiet umfasst

- Leitung der Pfarreien des Pastoralraumes
- Aktive Gestaltung des Pfarreilebens
- Führung des Seelsorge- und Pastoralraumteams
- Koordinationsaufgaben in den Pfarreien des Pastoralraumes
- Gestaltung von Gottesdiensten und Kasualien
- Bereitschaft für die Weiterführung und Entwicklung des Pastoralraumkonzeptes

Wir erwarten von Ihnen

- Abgeschlossenes Theologiestudium mit Berufseinführung im Bistum Basel (oder gleichwertige Ausbildung)
- Erfahrene Führungspersönlichkeit
- Sozialkompetenz, Team- und Konfliktfähigkeit
- Selbständiges, umsetzungsorientiertes, verlässliches und initiatives Arbeiten
- Aufgeschlossene und integrative Persönlichkeit
- Freude an der Mitgestaltung des aktiven Pfarreilebens im Pastoralraum

Wir bieten Ihnen

- Eine abwechslungsreiche, interessante und selbständige Tätigkeit
- Zusammenarbeit mit motivierten Mitarbeitern, engagierten Kirchenpflegern und vielen Freiwilligen
- Freiraum für kreatives Arbeiten und neuen Ideen
- Anstellungsbedingungen nach den Vorgaben der Röm.-Kath. Landeskirche Aargau
- Gut eingerichteter Arbeitsplatz
- Wohngelegenheit im Pfarrhof Muri, falls erwünscht

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne:

Pastoralraumpfarrer Georges Schwickerath, Kirchbühlstr. 10, 5630 Muri AG, T 056 675 40 21; georges.schwickerath@pastoralraum-muri.ch, www.pastoralraum-muri.ch

Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis am 30. Juni 2019 an:

Bischöfliches Ordinariat des Bistums Basel, Abteilung Personal, Baselstr. 58, Postfach 216, 4502 Solothurn, personalamt@bistum-basel.ch

Kopie an: Kirchgemeindeverband Muri AG und Umgebung, Madeleine Sennrich, Personalverantwortliche, Kirchbühlstr. 10, 5630 Muri, madeleine.sennrich@pastoralraum-muri.ch

Wir suchen für unsere Pfarrei St. Anton (Zürich-Hottingen) per sofort oder nach Vereinbarung eine/n



st. ANTON

Leitungsassistenten/-in (60 %)

Ihre Aufgaben:

- Leitung des Pfarreisekretariates
- Unterstützung in der Personalführung
- Unterstützung in der Leitung der Pfarrei in administrativen/organisatorischen Bereichen
- Betreuung der Homepage und Koordination der Kommunikation
- Allfällige Unterstützung in der Rechnungsführung

Wir erwarten:

- abgeschlossene kaufmännische Lehre (Profil E oder M) oder äquivalente Ausbildung sowie mehrjährige Berufserfahrung
- reflektierte, positive Grundhaltung zur römisch-katholischen Kirche
- Kenntnisse und Erfahrung im Bereich der Organisation und Administration
- Kenntnisse in Personalmanagement
- sehr gute Kommunikations- und Kooperationsfähigkeiten, Verhandlungsgeschick
- Grundkenntnisse der pastoralen und staatskirchenrechtlichen Strukturen
- Bereitschaft zum Erwerb der notwendigen funktionsbezogenen Kompetenzen
- Bereitschaft zum Erwerb allfälliger Zusatzqualifikationen in den Bereichen Personal-, Projekt- und Selbstmanagement sowie Kommunikation
- Grundkenntnisse im Rechnungswesen

Die Anstellungsbedingungen richten sich nach der Anstellungsordnung der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich.

Für weitere Informationen steht Ihnen Pfr. Andreas Rellstab gerne zur Verfügung, Tel.: 044 387 46 00.

Bitterichten Sie Ihre vollständige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (inkl. Foto) bis am 28. Februar 2019 an: Pascal Meier, Kirchenpflege St. Anton, Neptunstr. 70, 8032 Zürich oder per E-Mail an st.anton@zh.kath.ch.

- Über 40 Osterkerzenmotive

- Über 60 Taufkerzenmotive

- Altarkerzen

- Opferlichte

- Friedenskerzen

- Grabkerzen

- Zubehör

Unsere neuen Kreationen sind da!
Verlangen Sie unsere Dokumentation

220 Jahre
1798-2018



schnyder kerzen

Schnyder Kerzen AG
Kornhausstrasse 25
8840 Einsiedeln

schnyder-kerzen.ch
info@schnyder-kerzen.ch
Tel. 055 412 21 43



SKZ

Schweizerische Kirchenzeitung

Sie haben noch kein Login, um die Bonusbeiträge zu lesen?

Senden Sie Ihre Abo-Nummer und Ihre Adresse per Mail an redaktion@kirchenzeitung.ch und wir senden Ihnen Ihre Zugangsdaten für unsere Webseite.

www.kirchenzeitung.ch

Die beiden Pfarreien St. Pankratius Oberkirch LU und Maria Himmelfahrt Nottwil LU (www.pfarrei-oberkirch.ch und www.pfarrei-nottwil.ch) sind aufgeschlossene Pfarreien mit insgesamt rund 5000 Katholikinnen und Katholiken, darunter viele junge Familien mit zahlreichen ehrenamtlich Engagierten. Beide Pfarreien werden dem Pastoralraum Region Sursee angehören (Errichtung am 1. Dezember 2019).

Infolge Pensionierung unseres bisherigen Gemeindeleiters suchen wir auf Sommer 2019 oder nach Vereinbarung:

**eine Gemeindeleiterin / einen Gemeindeleiter
ad interim
oder einen Pfarradministrator
(100%)**

Wir erwarten von Ihnen:

- Abgeschlossenes Theologiestudium und Berufseinführung Bistum Basel oder gleichwertige Ausbildung
- Glauben, Offenheit, Achtsamkeit und Freude
- Leitung der beiden Pfarreien
- Allgemeine Seelsorge, Gottesdienste und Kasualien
- Mitarbeit im Pastoralraum Region Sursee

Wir bieten Ihnen:

- Zwei lebendige Pfarreigemeinschaften und engagierte Mitarbeitende
- Attraktive Stelle mit viel Gestaltungsraum
- Arbeitsplatz in zentraler und sehr schöner Seelage
- Gute Infrastruktur und grosszügige Wohnmöglichkeit
- Besoldung gemäss Empfehlungen der röm.-kath. Landeskirche Kanton Luzern

Weitere Auskünfte erteilen Ihnen gern:

Claudio Tomassini, Projektleiter Pastoralraum, kath. Pfarramt Sursee, 041 926 80 60 oder claudio.tomassini@pfarrei-sursee.ch;
Toni Gubitosa, Kirchenratspräsident und Leiter Wahlvorbereitungskommission, 041 921 07 92 oder praesident@pfarrei-oberkirch.ch

**Ihre Bewerbungsunterlagen schicken Sie bitte bis
15. März 2019 an:**

Bischöfliches Ordinariat, Abteilung Personal, Baselstrasse 58, 4501 Solothurn oder per Mail an: personalamt@bistum-basel.ch

Kopie an:

Toni Gubitosa, Bahnstrasse 10, 6208 Oberkirch, praesident@pfarrei-oberkirch.ch

Die Pfarrei St. Nikolaus Geuensee LU (www.pfarrei-geuensee.ch) ist eine aufgeschlossene Pfarrei mit rund 1700 Katholikinnen und Katholiken, darunter viele junge Familien mit zahlreichen ehrenamtlich Engagierten. Die Pfarrei wird dem Pastoralraum Region Sursee angehören (Errichtung am 1. Dezember 2019).

Infolge Pensionierung unseres bisherigen Gemeindeleiters suchen wir auf Sommer 2019 oder nach Vereinbarung:

**eine Gemeindeleiterin / einen Gemeindeleiter
ad interim
oder einen Pfarradministrator
(80% bis 100%)**

Wir erwarten von Ihnen:

- Abgeschlossenes Theologiestudium und Berufseinführung Bistum Basel oder gleichwertige Ausbildung
- Glauben, Offenheit, Achtsamkeit und Freude
- Leitung der Pfarrei und Begleitung der verschiedenen Gruppen und Teams
- Allgemeine Seelsorge, Gottesdienste und Kasualien
- Mitarbeit im Pastoralraum Region Sursee

Wir bieten Ihnen:

- Eine lebendige Pfarreigemeinschaft und engagierte Mitarbeitende
- Vielseitiges Arbeitsgebiet
- Gute Infrastruktur, Arbeitsplatz und Wohnmöglichkeit an zentraler und schöner Lage
- Besoldung gemäss Empfehlungen der röm.-kath. Landeskirche Kanton Luzern

Weitere Auskünfte erteilen Ihnen gern:

Claudio Tomassini, Projektleiter Pastoralraum, kath. Pfarramt Sursee, 041 926 80 60 oder claudio.tomassini@pfarrei-sursee.ch;
Thomas Stirnimann, Kirchenrat und Leiter Wahlvorbereitungskommission, 041 920 24 78 oder vize@pfarrei-geuensee.ch

**Ihre Bewerbungsunterlagen schicken Sie bitte bis
15. März 2019 an:**

Bischöfliches Ordinariat, Abteilung Personal, Baselstrasse 58, 4501 Solothurn oder per Mail an: personalamt@bistum-basel.ch

Kopie an:

Thomas Stirnimann, Eishofrain 3, 6232 Geuensee, vize@pfarrei-geuensee.ch



AETERNA
Ewiglichtkerzen
SYMBOL DES GEDENKENS

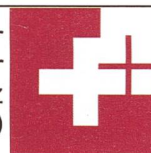
Den Menschen ein Symbol, der Kirche die Garantie*.

* Gesicherte Brenndauer - reines Pflanzenöl - Hülle biologisch abbaubar - www.aeterna-lichte.de

Vertrieb in der Schweiz: Lienert Kerzen AG, Einsiedeln - Tel.: 055 / 41 22 381 - info@lienert-kerzen.ch

jugendkollekte

der
Deutschschweizer
Ordinarienkonferenz
(DOK)



Von zu Hause bis über den Globus verwirklicht sich die röm.-kath. Kirche

unterstützen Sie Jugendliche in ihrer Glaubensentwicklung
ermöglichen Sie Austausch über die Region hinaus
tragen Sie solidarisches Handeln mit

Die Jugendkollekte fördert mit Ihrem Beitrag den Glauben, die christliche Botschaft
und den Gemeinschaftssinn von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.



www.jugendkollekte.ch



**Manchmal hilft Ihre Spende
gleich zwei kleinen Patienten.**

Im Caritas Baby Hospital enga-
gieren wir uns nicht bloss für die
Gesundheit sondern ebenso für
das psychische Wohl der Kinder.
www.kinderhilfe-bethlehem.ch/
spenden

 **Kinderhilfe Bethlehem**
Wir sind da.



Osterkerzen und Heimosterkerzen

mit zusammenpassenden Verzierungen
in traditioneller und moderner
Ausführung. Preisgünstig.

Verlangen Sie unverbindlich Unterlagen.

Einsenden an:
Lienert-Kerzen AG, Kerzenfabrik, 8840 Einsiedeln
Tel. 055 / 412 23 81, Fax 055 / 412 88 14

Senden Sie mir Abbildungen mit Preisen

Name

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

LIENERT KERZEN

AZA
CH-6011 Kriens
Post CH AG



Adressänderung an:
Schweizerische Kirchenzeitung
Arsenalstr. 24, Pf 1064
CH-6011 Kriens

SKZ Schweizerische Kirchenzeitung

Nr. 04/2019

zum Thema

Akteurinnen des Wandels

erscheint am 28. Februar 2019

www.kirchenzeitung.ch